

Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Rates

Sitzungstermin: Donnerstag, 04.12.1997
Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:25 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Brinkmann, Alwin

SPD-Fraktion

Abels, Hans
Docter, Reinhard
Everwien, Herta
Grigull, Hans
Grix, Helga
Heinks, Jürjen
Hoffmann, Inge
Jahnke, Horst
Janssen, Richard
Jerems, Wilhelm
Kleinschmidt, Heinrich Dr.
Leeker, Wilhelm
Mecklenburg, Rico
Merkentrup, Friedhelm
Meyer, Elfriede
Meyer, Lina
Pauels, Karl-Gerhard
Pohlmann, Marianne
Scholl, Eiwin
Slieter, Ihno
Südhoff, Johann
Tamminga, Jenny
Wessels, Johann
Woldmer, Richard

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Groeneveld, Ahlrich
Hegewald, Reinhard
Hellmann, Uwe
Hoffmann, Monika
Janßen, Heinz Werner
Kaune, Sieglinde
Köhler, Nils
Odinga, Hinrich
Vollprecht, Werner

FDP-Fraktion

Beisser, Kurt-Dieter Dr.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd
Schmidt, Christine
Strelow, Günter
Züchner, Hermann

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Brinkmann eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratsitzung sind 39 Ratsmitglieder anwesend.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 02.10.1997

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Rates am 02.10.1997 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Verwaltungsreform bei der Stadt Emden, Grundsatzbeschluß
Vorlage: 13/373

Herrn Brinkmann ist heute morgen folgender Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugegangen:

"Geänderte Fassung des Beschlusses der Vorlage 13/373 gem. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.12.97:

Der Rat der Stadt Emden strebt eine Verwaltungsreform nach dem sogenannten Neuen Steuerungsmodell der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) an. **Der Rat erwartet von dieser Reform:**

- **eine bürgerfreundliche, dienstleistungsorientierte Verwaltung, die sich durch Kundennähe, kurze Wege sowie die Einbeziehung und demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger bei der Bestimmung und Beurteilung öffentlicher Dienstleistungen auszeichnet**
- **Transparenz nach innen und nach außen durch einen produktorientierten Haushalt, Controlling und Berichtswesen**
- **die Neubestimmung der politischen Steuerung der Verwaltung durch den Rat über Kontraktmanagement und Budgetierung**

- **einen Beitrag zur Herstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt durch Verbesserung der Effizienz und höhere Produktivität der Verwaltung.**

Der Rat will diese Ziele über einzelne Projekte schrittweise erreichen und ist deshalb damit einverstanden, daß - beginnend mit dem 01.01.1998 - zunächst Teile der Verwaltung wie folgt neu organisiert werden:

- Fachbereich Jugend, Gesundheit und Soziales
- Steuerungsdienst Finanzen
- Optimierter Regiebetrieb "Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden".

Dabei weiß der Rat, daß für den Erfolg der einzelnen Schritte die Beteiligung und das Engagement der Beschäftigten unverzichtbar sind.

Über den Fortgang der Neuorganisation ist der Rat in regelmäßigen, **vierteljährlichen** Abständen zu unterrichten. **Auf der Grundlage der Berichte entscheidet der Rat über weitere grundsätzliche Schritte bei der Einführung des Neuen Steuerungsmodells. Der Rat erwartet von der Verwaltung im Zuge der Neuorganisation die Einführung eines produktorientierten Haushalts sowie die Vorlage von Kontrakten zwischen Rat und Verwaltung. Bei der Umsetzung der Verwaltungsreform ist der Rat zur Vorbereitung aller wesentlichen Schritte durch geeignete Maßnahmen, z.B. Teilnahme an Workshops und Seminaren, zu beteiligen.**" (Fettdruck = Änderung)

Herr Dr. Hinnendahl führt aus, seit Mitte der 80er Jahre werde über das Thema 'Verwaltungsreform im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung' diskutiert, das von Prof. Banner von der KGSt angestoßen und einige Jahre zunächst auf Seminaren behandelt worden sei. Zu Beginn der 90er Jahre hätten insbesondere unter dem Zwang der finanziellen Verhältnisse Experten in den einzelnen Kommunen dieses Thema aufgegriffen, und die KGSt habe ein arbeitsfähiges Organisationsmodell entwickelt, das sogenannte 'Neue Steuerungsmodell'.

In Emden werde dieses Modell seit Ende 1994 diskutiert in einer Lenkungsgruppe, der der Oberstadtdirektor mit einigen Verwaltungsmitarbeitern, der Personalrat, die Frauenbeauftragte sowie - von der KGSt empfohlen - Vertreter aller Fraktionen angehörten.

Teile des Modells seien bereits, soweit nach altem Recht zulässig, in die Tat umgesetzt worden, er denke an die optimierten Regiebetriebe. Andere Dinge sollten jetzt umgesetzt werden, nachdem nach der NGO die Möglichkeit rechtlich gegeben sei.

Um hier in Emden den Weg freizumachen und jedem Zweifler aufzuzeigen, wohin die Reise gehe, müsse der Rat von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen. Das weitere Vorgehen sei nur in vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Rat, Personalvertretung und Verwaltung möglich.

Der Prozeß, der dazu geführt habe, sei gestaltet worden von dem Projektteam, dem die Herren Mansholt, Steenhardt, Wilhaus, Kuhlmann und Potthast angehörten, geleitet von Herrn Fürst, dem er für seinen besonderen Einsatz außerordentlich dankbar sei wie auch dem Personalrat für die positive Begleitung. Produktbildung, Leistungsrechnung, Kostenrechnung, Controlling und andere Elemente hätten zu diesem Steuerungsmodell geführt, das nicht vom Himmel gefallen, sondern Schritt für Schritt erarbeitet worden sei. Daß man es mit Erfolg anwenden könne, zeige das Emdener Krankenhaus, wo zu aller Zufriedenheit dieses Modell umgesetzt worden sei, weil das Gesetz es so gewollt habe.

Frau Schmidt-Reinders teilt mit, ihre Fraktion trage generell eine Verwaltungsreform mit, habe aber Bedenken, daß sie sich zu einem Sparpaket entwickeln könnte, und deshalb einige Ideen in die Vorlage eingearbeitet, um die Zielvorstellungen klarer zum Ausdruck zu bringen.

Herr Bongartz erklärt, die CDU-Fraktion gehöre ebenfalls der Arbeitsgruppe 'Neues Steuerungsmodell' an. Sie habe zu dem Zeitpunkt, als der Personalrat aus der Arbeitsgruppe ausgeschieden sei, sich ebenfalls vorübergehend verabschiedet, weil sie der Meinung sei, daß man eine solche Verwaltungsreform mit den Zielen, die man verfolge, niemals ohne das ständige Mitwirken der Personalvertretung aller Bediensteten durchführen könne. Die Bestimmungen des Personalvertretungsgesetzes ließen im Prinzip so etwas auch nicht zu. Bei einem solch gewaltigen Vorhaben sei das gegenseitige Vertrauen zwingende Voraussetzung, um es zu einem guten Ende zu führen.

Er habe den Brief des Personalratsvorsitzenden aufmerksam durchgelesen, und die Bedenken, die er vortrage, seien überzeugend. Der Personalrat verweigere sich nicht, sondern sehe einfach die Dinge anders, und darüber müsse man weiter diskutieren. Von daher sei es seitens der CDU-Fraktion ein elementares Bedürfnis, alles daranzusetzen, den Personalrat wieder in die Runde zu bekommen, damit es weitergehe. Solange dieser nicht mehr dabei sei, werde auch die CDU nicht mehr vertreten sein und sich zu diesem Punkt der Stimme enthalten.

Herr Leeker führt aus, die Beteiligung der Bediensteten stehe für Sozialdemokraten überhaupt nicht zur Diskussion. Man habe genügend Kontakt mit den Bediensteten gehabt und wisse, was diese wollten. Außerdem müsse nach dem Personalvertretungsgesetz ein verhandelbarer Vorschlag auf den Tisch, der heute vorliege und vom Personalrat erst behandelt werden könne, wenn er vom Rat beschlossen worden sei. Seine Fraktion werde der Beschlußempfehlung, die sehr knapp gehalten sei, zustimmen.

Was den Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffe, so weise er darauf hin, daß es unüblich sei, diesen wenige Minuten vor Beginn einer Sitzung in Form einer Tischvorlage einzubringen. Wenn man seine Fraktion einbinden wolle in eine Willensbildung, dann müsse man Anträge, wie in der Vergangenheit geschehen, rechtzeitig vorlegen, um darüber in der Fraktion diskutieren zu können. Im Moment könne man sich nicht entscheiden, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Dr. Hinnendahl erklärt, die Bezeichnung 'Neues Steuerungsmodell' umfasse all das, was in dem Antrag im einzelnen aufgeführt sei. Dieser gehe deshalb ins Leere und reichere den Beschlußvorschlag nicht an.

Was die Enthaltung der CDU-Fraktion angehe, so sei dies gerade vom Personalrat nicht gewollt. Der Personalrat möchte, daß Bewegung in die Sache komme, und appelliere an den Rat, dem Beschlußvorschlag zuzustimmen.

Frau Schmidt-Reinders bemerkt, wenn alles, was ihre Fraktion geschrieben habe, sowieso in dem Modell enthalten sei, dann spreche nichts dagegen, dem Antrag zuzustimmen. Sie sei gern bereit, diesen im einzelnen zu erläutern.

Herr Bongartz erklärt, seine Fraktion bleibe bei ihrer Meinung. Sie wolle zwingend erreichen, den Personalrat wieder an den Tisch zu bekommen, weil es die Hauptaufgabe überhaupt sei, diese Verwaltungsreform weiterzuführen.

Herr Renken führt aus, seine Fraktion habe den Antrag nicht gestellt, um jemanden über den Tisch zu ziehen. Man werde in den Ausschüssen oder im Rat nicht nur von seiner Fraktion mit einer Tischvorlage konfrontiert, sondern auch von der Verwaltung, und auch die SPD-Fraktion bringe kurzfristig Änderungsanträge ein und mute den anderen zu, sich damit auseinanderzusetzen. Die Geschäftsordnung lasse nicht ohne Grund solche Änderungsanträge zu. Wenn dieser Antrag etwas umfangreicher ausgefallen sei, so sehe er keine Probleme, darüber auch in der SPD-Fraktion eine Abstimmung herbeizuführen. Alles, was dort geschrieben stehe, sei auch im Steuerungsmodell enthalten. Man habe schon 3 Jahre vor, diese Reform durchzuführen, und

nachdem ein Dezernent gescheitert und der Personalrat ausgeschieden sei, sei es jetzt gelungen, einen Grundsatzbeschluss auf den Tisch zu legen.

Seine Fraktion sei für eine Verwaltungsreform und unterstütze die Bemühungen, doch man müsse sehen, was in den letzten 3 Jahren geschehen sei. Es sei sinnvoller, einen präzise formulierten Vorschlag auf den Tisch zu legen, der auch andere Ziele aufzeige, als nur die Verwaltungsreform zur Sparglocke des Kämmers werden zu lassen. Die Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit könne nicht der einzige Aspekt sein. Es gehe um eine neue Definition von Rat und Verwaltung, und dieser Punkt tauche in dem Grundsatzbeschluss nicht auf.

Nach Meinung von **Herrn Merkenrup** gehe es darum, drei wesentliche Elemente zum Ausdruck zu bringen, nämlich einmal die Beteiligung aller Betroffenen, sowohl der Beschäftigten einschließlich Personalvertretung als auch der Politik. Das 2. Element sei die Effizienz und das 3. die Bürgerfreundlichkeit. Alle drei Elemente seien von der Verwaltung dargelegt worden. Von daher könne er die Notwendigkeit des Änderungsantrages nicht erkennen, weil substantielle neue Erkenntnisse nicht enthalten seien.

Herr Züchner führt aus, er stehe hinter dem Antrag seiner Fraktion, weil man mit der Wahl des hauptamtlichen Oberbürgermeisters neu über das Verhältnis zwischen Rat und Oberbürgermeister nachdenken müsse. Es werde sehr oft deutlich, wenn Entscheidungen der Verwaltung durch die Mehrheitsfraktion bekanntgegeben würden, wer das Sagen habe. Dies werde dem Amt, das der OB auszufüllen habe, nicht gerecht.

Herr Dr. Beisser stellt fest, daß es sich um einen Grundsatzbeschluss handle, mit dem das Neue Steuerungsmodell in Gang gebracht werden solle. Der Rat werde dabei die Möglichkeit haben, die Ausführung kritisch und kontrollierend zu begleiten.

In der anschließend geführten Diskussion, an der sich die **Herren Bongartz, Dr. Beisser** und **Merkenrup** beteiligen, geht es noch einmal um die Beteiligung des Personalrates an dieser Verwaltungsreform. **Herr Renken** schlägt vor, sich im Wege der Sitzungsunterbrechung mit diesem Antrag zu befassen und anschließend darüber abstimmen zu lassen.

Herr Leeker wiederholt, daß dieser Grundsatzbeschluss ausreiche, zumal die Vorlage eine umfassende Begründung enthalte.

(Herr Jahnke nimmt an der Sitzung teil.)

Herr Brinkmann läßt über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Beschluß: Der Antrag wird abgelehnt.

Ergebnis: Mit Stimmenmehrheit
Dafür: 26
Dagegen: 4
Enthalt.: 10

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden strebt eine Verwaltungsorganisation nach dem sogenannten Neuen Steuerungsmodell der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) an.

Er will dieses Ziel in einzelnen Schritten erreichen und ist deshalb damit einverstanden, daß - beginnend mit dem 01.01.1998 - zunächst Teile der Verwaltung wie folgt neu organisiert werden:

- Fachbereich Jugend, Gesundheit und Soziales
- Steuerungsdienst Finanzen
- Optimierter Regiebetrieb "Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden"

Über den Fortgang der Neuorganisation ist der Rat in regelmäßigen Abständen zu unterrichten.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Bildung des Jugendhilfeausschusses - Benennung eines neuen beratenden Mitgliedes
Vorlage: 13/15/3

Beschluss:

Der Rat stellt nachfolgende Veränderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses fest:

B Beratende Mitglieder:

3. Ev.-ref. Kirchengemeinde

Für Herrn Pastor Bert Gedenk wird benannt:

Martin Herbst, Boltentorsgang 11, 26721 Emden

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Jahresrechnung und Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 1996
Vorlage: 13/345

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß § 101 NGO die Jahresrechnung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1996 und die Entlastung des Oberstadtdirektors für das Haushaltsjahr 1996.

Dieser Beschluß umfaßt auch den Jahresabschluß des Hans-Susemihl-Krankenhauses. Der Bilanzgewinn in Höhe von 68.354,45 DM wird vorgetragen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der GEWOBA Emden, Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, für das Geschäftsjahr 1996
Vorlage: 13/355

(Die Herren Brinkmann, Abels, Grigull, Jerems, Hegewald und Vollprecht sowie Frau Grix, Frau M. Hoffmann und Frau E. Meyer nehmen an der Beratung und Beschlußfassung nicht teil; Frau L. Meyer übernimmt solange den Vorsitz.)

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der GEWOBA Emden, Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluß für das Geschäftsjahr 1996 anzunehmen,
2. den ausgewiesenen Bilanzgewinn 1996 von 104.028,68 DM in andere Gewinnrücklagen (freie Rücklagen) einzustellen,
3. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1996 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Entlastung der Geschäftsführung des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden für das Geschäftsjahr 1996
Vorlage: 13/359

Herr Brinkmann möchte an dieser Stelle allen beim Rettungsdienst tätigen Mitarbeitern, an der Spitze Herrn Wiers, ein Dankeschön aussprechen. Bekanntlich habe man in der Vergangenheit schon wesentlich unangenehmere Berichte entgegennehmen müssen.

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden GbR werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluß für das Geschäftsjahr 1996 anzunehmen,
2. den Gewinn in Höhe von 7.300,78 DM vorzutragen,
3. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 1996 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V. m. § 89 NGO
Vorlage: 13/392

Herr Hemken erläutert die Vorlage.

Herr Renken führt aus, Herr Leeker habe sich bei TOP 4 außerstande gesehen, über den kurzfristig vorgelegten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzustimmen. Er möchte deshalb darauf hinweisen, daß die Mitglieder seiner Fraktion, sofern sie nicht dem VA angehörten, dieser eben erst verteilten Vorlage ebenfalls nicht zustimmen könnten.

Beschluss:

I. Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 1997 folgenden überplanmäßigen Ausgaben zu:

1. Verwaltungshaushalt - überplanmäßig -

2900-5870 Für Schülerbeförderung
im Sinne der §§ 93 und 94 NSchG

60.000,00 DM

2. Vermögenshaushalt - überplanmäßig -

- a) 0610-9350 Erw. und Ern. EDV-Anlage 710.000,00 DM
- Hardware -
- b) 0610-9355 Geographisches Informa- 84.861,86 DM
tionssystem EG-Programm
INTERREG
- c) 4510-9351 Ausstattung Jugendförderung 45.000,00 DM

II. Der Rat der Stadt Emden stimmt der Anschaffung der ADV-Anlage (s. I. 2. a) durch Leasing zu, wenn dieses im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfung günstiger ist als der Kauf.

Ergebnis: einstimmig

TOP 10 Bekanntgabe von Eilentscheidungen gemäß § 89 NGO
Vorlage: 13/393

Herr Hemken gibt Erläuterungen zu den per Eilentscheidung getätigten überplanmäßigen Ausgaben.

Auf die Frage von **Frau Klein** zur 'Hilfe in fremden Krankenhäusern' erklärt **Herr Hemken**, es gehe um eine Behandlung, die nicht in Emden habe vorgenommen werden können, sondern in einem Spezialkrankenhaus in Berlin.

Herr Strelow hätte gern nähere Angaben zu den Komplementärmitteln für das Förderprogramm "Moderne Schule".

Herr Lieke erwidert, es handele sich um ein Programm, das angeboten werde mit Unterstützung der EU und die Computerausstattung betreffe. Die Stadt erhalte Zuschüsse und müsse die Komplementärmittel zur Verfügung stellen, die aus dem jeweiligen Schulbudget bezahlt würden. Die Schulen könnten selber entscheiden, ob sie daran teilnähmen. In der Vorlage 13/394 erschienen weitere Beträge, die damit zusammenhingen.

Herr Janßen ist zwar auch für solche Maßnahmen, vermag aber nicht einzusehen, daß diese immer per Eilentscheidung getroffen würden. Er halte es für sinnvoll, diese Dinge in Zukunft über den VA laufen zu lassen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 1997
Vorlage: 13/394

Herr Hemken erläutert die Vorlage. In einigen Fällen gehe es um die Übertragung von Mitteln aus dem Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt im Rahmen der Budgetierung. Besonders möchte er auf die Anschaffung einer Unterflur-Berieselungsanlage für den JAG-Sportplatz hinweisen, die erforderlich geworden sei, weil die mobile Berieselungsanlage es im Sommer nicht geschafft habe, die Anlage in einem vernünftigen Zustand zu halten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen (Rauchpause).

Herr Hemken führt aus, es sei eine ausführliche Beratung in den Fachausschüssen erfolgt, so daß er den Rat bitten möchte, der Empfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen zu folgen und die Haushaltssatzung für die Jahre 1998 und 1999 zu beschließen.

Herr Leeker nimmt für die SPD-Fraktion wie folgt Stellung:

"Es sind hier ja schon während der Finanzausschußsitzung bedeutende Reden gehalten worden. Sie haben allerdings auf der anderen Seite übereinstimmend mitgeteilt, daß Sie sich eine abschließende Stellungnahme in dieser Ratssitzung vorbehalten. Auch wir haben das Bedürfnis, unseren Standpunkt umfassend und dezidiert darzustellen - nicht nur die Probleme unseres Haushalts, sondern auch die Gründe für die Misere und im Hinblick auf das jüngste Urteil des Staatsgerichtshofes in Bückeburg.

Wer den vorliegenden Entwurf der Haushalte 1998/99 werten soll, dem fallen vor allem folgende Einzelheiten auf:

- erstmals wird uns ein Doppelhaushalt vorgeschlagen - allerdings vor allem aus einem sehr tristen Grund
- die Belastungen des Haushalts, vor allem durch die Kosten der Sozialleistungen, sind erdrückend
- der Steuerrückgang in dem vom Steuerbürger zu beeinflussenden Bereich - ich meine vor allem die Einkommensteuer - übersteigt alle Befürchtungen
- die Defizitentwicklung des städt. Haushaltes in Emden konnte entgegen mancher Hoffnung nicht gestoppt werden, die Schulden entwickeln sich fast fahrplanmäßig. Derzeit kann man nur noch hoffen, daß die Prognose über das Datum des Wendepunktes zutrifft, die bisherige Prognose der Schuldenhöhe um 2002 nicht überschritten wird und daß man in den folgenden 20 Jahren imstande und bereit ist, die Schulden auf laufendem Konto samt Zins und Zinseszins zurückzuzahlen.
- Zu den erfreulichen Aspekten der Haushalte gehören vor allem die Ausgaben und Einnahmen der Neubaugebiete, die für die zukünftige Entwicklung Emdens besonders wichtig sind. Wir hoffen, daß die Baukonjunktur auch in den nächsten Jahren in Emden anhält und damit Einwohnerzahl und Steuerkraft verbessert werden. Wir hoffen weiterhin, daß es auch gelingt, in den neuen Gewerbegebieten kurz- und langfristig Unternehmen anzusiedeln und schrittweise aus der alleinigen Abhängigkeit von wenigen großen Betrieben herauszukommen. Gerade in den letzten Tagen konnten wir der Zeitung entnehmen, daß weitere Arbeitsplätze bei Autozulieferern entstehen.
- Erfreulich ist auch der bisher schon erreichte Ausbaustand und die weitere Planung der Kanalisation mit hohen Beträgen in den nächsten beiden Jahren.

Wir begrüßen es auch, daß im nächsten Jahr der Bau des Kindergartens in Borssum beginnen, das zweite Pelzerhaus renoviert und die Kunsthalle erweitert werden soll.

Der Kämmerer hat uns eine umfassende Begründung für den Doppelhaushalt gegeben - die wir akzeptieren. Unsere Akzeptanz haben wir in der Finanzausschußsitzung am 24.11.1997 dargelegt - ich will sie nicht wiederholen. Sie haben inzwischen dem Haushaltskonsolidierungsplan zugestimmt und damit auch den Prinzipien des Haushalts. Wir haben trotzdem viel Verständnis für die Bedenken der CDU- und der F.D.P.-Fraktion gegen den Doppelhaushalt.

Wenn ich einer Partei angehören würde, deren Bundesregierung von einer Haushaltsmisere in die nächste stolpert und die ununterbrochen zugeben muß, daß schon wieder eine Deckungslücke entstanden ist, die mangels Handlungsfähigkeit der Regierung entweder durch neue Schulden oder durch Einsparmaßnahmen, die in der Hauptsache den kleinen Mann treffen, gedeckt werden müssen, dann würde ich auch in dieser Kommune keinen Doppelhaushalt wollen - er müßte sicherlich ununterbrochen korrigiert werden. Selbstverständlich hat die SPD nach Ihrer Meinung mangels Bereitschaft, in die konkursreife Firma Kohl einzutreten und die Mitverantwortung zu übernehmen, die Schuld an dieser Situation.

Wir setzen darauf, daß im Herbst nächsten Jahres der Wähler die Bankrotteure ablöst durch eine neue handlungsfähige Regierung.

Ich will nun keineswegs die Bundestagsdebatten der vergangenen Woche wiederholen - wir sind im Rat der Stadt Emden und haben uns selbstverständlich hier mit den Problemen unserer Stadt zu befassen. Diese werden jedoch ununterbrochen durch die Ergebnisse der Politik der Bundesregierung vergrößert. Ich darf Sie auch immer wieder darauf hinweisen, daß allein der Bund nach dem Grundgesetz die Steuerhoheit hat. Alle Ihre Redereien, u.a. die, daß die Landesregierung klebrige Hände hat, gehen an der Tatsache vorbei, daß der Bund allein den Topf, der verteilt wird, füllt. Wovon soll das Land seine Bediensteten bezahlen, wenn der Bund unfähig ist, ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen?

Ich will Sie auch immer wieder darauf hinweisen, daß Herr Bundeskanzler Dr. Kohl bei seinem Regierungsantritt die geistig moralische Wende angekündigt hat - sie hat allerdings stattgefunden

- noch nie wurden auf allen staatlichen Ebenen so viele Schulden offensichtlich ohne Hemmungen gemacht - auch unsere Stadt leidet unter dieser Mentalität
- noch nie wurde das Volk so hemmungslos mit Plänen, Prognosen und Haushalten in Wort und Schrift getäuscht und nach meiner Auffassung belogen - wenn Sie dieses Wort nicht akzeptieren, so nennen Sie das die "Wahrheit à la Kohl". Der dramatische Verlust von Vertrauen in die Politik ist doch eine Folge der unzähligen Ankündigungen, Behauptungen und Versprechen, die alle nicht gehalten werden.
- noch nie hat eine Regierung der Bevölkerung so viel Staatsverdrossenheit eingeredet - und erreicht. Niemand will mehr Steuern zahlen. Große Unternehmen wie Siemens und Daimler-Benz brüsten sich damit, daß sie in diesem Jahrhundert keine Steuern mehr zahlen wollen - Emden kann von den Folgen von Verlustvorträgen ein Lied singen.
- Milliardenbeträge sind auf der Flucht vor dem Fiskus. Ich empfehle, die vorletzte Ausgabe der "Zeit" zu lesen, dort steht in epischer Breite, wie sich dieses darstellt. Daß diese Redereien und das Verhalten der Regierung, die nichts löst und alles aussitzt - sie ist auch nach Weizsäcker allein mit dem Machterhalt beschäftigt -, Folgen für das Klima im Lande haben, ist nur logisch.

Während der Staat in einem Schuldenmeer versinkt, haben die Bundesbürger 4,5 Billionen an Geldvermögen aufgehäuft. Während die Kleinen in Deutschland sparen, gehören die Großen zu denen, die täglich bis zu 5 Billionen Dollar vagabundierendes Geld zu den verschiedenen Börsen in der Welt transferieren. Weiteres Geld ist nachweisbar mit Hilfe deutscher Banken nach Luxemburg am Fiskus vorbei verschoben worden. Hausdurchsuchungen bei deutschen Banken gehören zur Tagesordnung. Der Deutsche Städtetag hat vor kurzem darauf hingewiesen, daß der Rückgang der sonst sicheren Einkommensteuer das eigentliche Problem der Staatshaushalte sei. Dazu tragen nicht nur die o.a. Verhältnisse bei, sondern die mehr als großzügigen Abschreibungsmöglichkeiten. Zu Ihrer Information

- etwa 10 Finanzämter in Niedersachsen schreiben rote Zahlen
- in Emden ging die Einkommensteuer von 40 auf 20 Mill. zurück
- die Gewerbesteuer von 55 auf 25 Mill. - künftig auf 35 Mill.

Schon diese Steuerausfälle summieren sich jährlich auf 40 Mill. DM (!)

- Die ständigen Negativreden Bonner Koalitionäre über den Wirtschaftsstandort Deutschland, die Ankündigungen der 5 Wirtschaftsweisen und die Entlassungsmentalität der deutschen Unternehmer tun ein übriges, um die Inlandskonjunktur nicht anspringen zu lassen - maßgebliche Zeitungen malen die Gefahr einer Deflation an die Wand. Es ist doch überhaupt nicht verwunderlich, daß die Existenzängste, die täglich von der Bundesregierung unter das Volk gestreut werden, dazu führen, daß niemand mehr ein Risiko wagt und aus Unternehmen Unterlasser werden.

Wenn die Emdener Kaufleute und der Deutsche Einzelhandelsverband darüber klagen, daß die Kaufbereitschaft zurückgeht, ist das Beweis dafür, daß Kaufkraft und Konsumbereitschaft sinken. Nur das Ende dieser Bundesregierung kann ein Ende des Finanzchaos bewirken und die Kommunen in den Stand versetzen, ihre Haushalte verlässlich zu planen.

Die Belastungen des Emdener Haushalts durch die Sozialleistungen sind sehr beträchtlich. Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Stadt Emden in Niedersachsen die höchsten Sozialausgaben pro Kopf der Bevölkerung hatte, mit allerdings sinkender Tendenz. Bundesweit sind inzwischen 2,7 Millionen Menschen von der Sozialhilfe abhängig - hier allerdings mit steigender Tendenz.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich denen danken, die in den letzten Jahren die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben umgedreht haben - sofern dieses durch Maßnahmen der Stadt beeinflussbar war. Dazu haben sicherlich kreative Ideen bei der Beschäftigung im Rahmen der Möglichkeiten des BSHG und der Arbeitsverwaltung, die Auswirkungen der Pflegeversicherung aber auch das bei manchem unpopuläre Vorgehen gegen Mißbrauch, beigetragen.

Ausdrücklich betonen wir immer wieder, daß jeder rechtlich fundierte Anspruch auf Sozialhilfe ohne Abstriche erfüllt werden muß. Wir müssen uns aber angesichts unserer Situation, in der wir auch diese Ausgabe mit Krediten finanzieren und damit der nächsten Generation anlasten, immer wieder fragen, ob es nicht weitere Möglichkeiten gibt, Menschen in unserer Stadt vor einem Abgleiten auf das Niveau der Sozialhilfe mit allen negativen Begleiterscheinungen zu bewahren und denen, die dieses schon erreicht haben, Hilfen zu bieten, dieses wieder zu verlassen.

Man kann sich sicherlich darauf beschränken, das Bemühen der SPD per Internet und Fax sowie in pressewirksamen Erklärungen zu kritisieren und so dumme Vorschläge machen, den Namen der städtischen Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft zu ändern. Man kann allerdings mangels eigener Ideen auch nicht von anderen in diesem Rat verlangen, daß sie Lösungen produzieren, die man bundesweit sucht.

Ich will hier generell auf die Diskrepanz zwischen Ihren vollmundigen Ankündigungen im Wahlkampf im vorigen Herbst und auf die Wirklichkeit in diesem Rat hinweisen. Ich habe bisher konkrete Vorschläge in der hier angesprochenen und in anderen wichtigen Fragen vermißt. Ich hatte mich nach diesen Ankündigungen auf einen geistigen Wettbewerb, auf einen Wettbewerb der Ideen, gefreut - dazu ist es bisher leider nicht gekommen. Ihr Hoffnungsträger, meine Damen und Herren der CDU, den Sie mit großem Aufwand gekürt haben, wurde von der Landes-CDU wohl völlig anders gesehen - er landete immerhin auf dem letzten Platz der Landesliste.

In der Sache will ich allerdings erklären, daß wir die Arbeits- und Ausbildungs GmbH Emden ausbauen wollen und mit einer veränderten Konzeption und größerer Kapazität nach dem Vorbild der Modelle in Lübeck, Osnabrück und Main-Kinzig-Kreis ein System von Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern aufbauen wollen mit dem Ziel, möglichst viele auf dem 1. und 2. Arbeitsmarkt zurückzuführen. Darüber hinaus sind wir der Überzeugung, daß es im Rahmen einer Solidargemeinschaft nicht unbillig ist, daß die, die von dieser Gemeinschaft Geld bekommen, auch bereit sein müssen, für diese Gemeinschaft zu arbeiten. Wir haben an vielen Orten in unserer Stadt sehr viel Arbeit, die zumutbar ist und dringend geleistet werden muß.

Ich warne allerdings davor zu glauben, daß diese Bemühungen, die wir und andere Kommunen unternehmen, eine Patentlösung darstellen, die die allgemeine bundesweite Misere ändert - es sind eher bescheidene Beiträge, die nur die Not der Menschen lindern und keine bestehenden Belastungen unseres Haushalts durch Sozialleistungen mindern. Der Bund hat mit großen Schöpfkellen seit Jahren den Gemeinden eingeschenkt und die versuchen mit Teelöffeln, dieses zu bewältigen.

Die jetzt zum 01.01.1998 beschlossene Einstellung eines Wirtschaftsförderers begrüßen wir und weisen zugleich die Kritiker darauf hin, daß die Stelle bis zum 31.07.1997 besetzt war.

Sie haben alle drei bisher dem Haushalt nicht zugestimmt. Ein wesentlicher Punkt war die Herausnahme des Heizungskessels für das GAT. Nachdem der Ersatz dieses Kessels geregelt ist, indem es zu einer Vereinbarung mit den Stadtwerken in Sachen Energiemanagement kommen wird, muß man s. E. das Thema nicht weiter behandeln.

Es ist in den letzten Jahren gelungen, den Zuwachs bei den Personalkosten weitgehend zu stoppen, und zwar durch rigorose Sparmaßnahmen. Wir erwarten nun, daß die erforderlichen Änderungen des Verwaltungsablaufs zügig zustande kommen und daß die Beteiligten zusammenarbeiten. - Wir begrüßen deshalb den heute gefaßten Grundsatzbeschuß.

Der Abbau von Hierarchien geht einher mit dem Abbau von Stellen und mit der Reduzierung von Dienstleistungen - wir sehen das nicht ohne Besorgnis.

Den Bediensteten sagt meine Fraktion zu, daß sie für eine angemessene, leistungsgerechte Entlohnung und Besoldung eintritt - wir haben deshalb auch den Veränderungen im Stellenplan, die neue Beförderungsämter vorsehen, zugestimmt.

Die SPD-Ratsfraktion hat in den Ausschüssen verschiedene Anträge eingebracht und durchgesetzt. Wir wollen damit

- die Eigen- und Selbsthilfeinitiativen fördern, das gilt für das aufzubauende Museum "Kreuzer Emden", für die Generalinstandsetzung der Johanna-Mühle und der Mühle in Larrelt sowie für das Vereinsheim der Rassegeflügelzüchter. Wir möchten damit ausdrücklich die Fortsetzung der Arbeit erreichen und wir hoffen, daß wir in Zeiten leerer Kassen anderen Initiatoren Mut machen, wünschenswerte Leistungen für die Gemeinschaft zu vollbringen.
- Wir wollen weiterhin den Spitzensport, der zu einem Aushängeschild für unsere Stadt geworden ist, fördern und hoffen, daß diese Förderung Grundlage für weitere Erfolge ist.
- Im Frühjahr des Jahres haben wir ein sogenanntes "Fremdenverkehrspapier" vorgelegt, das im Ausschuß für Wirtschaft, Hafen und Finanzen Zustimmung fand.

Die in diesem Papier aufgeführten Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs sind teilweise erledigt, andere sind kurz davor. Mit der Anschaffung einer Kehrmaschine, die vor allem auf Anregung des Oberbürgermeisters erfolgen soll, wollen wir mehr Sauberkeit in der Stadt

erreichen. Diese wird sich sicherlich - wie aus Großstädten berichtet - auch auf das Klima in der städt. Gesellschaft auswirken. New York und Hannover, Bielefeld und Köln sowie andere Städte berichten übereinstimmend positiv.

- Wir wollen weiterhin erreichen, daß baldmöglichst ein Präventionsrat eingerichtet wird - wir wollen damit Entwicklungen begegnen, die Anlaß zur Sorge geben.

Die SPD-Fraktion hat in der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß wir die Neuorganisation der Musikschule überlegen d.h. die Zusammenlegung von zwei Institutionen im Interesse der Einsparung von Kosten der Organisation.

Es war für uns höchst interessant, wie die örtliche FDP darauf reagierte:

- es wurden die Gehälter der Bediensteten der VHS zur Diskussion gestellt
- es wird unterstellt, daß sich unser Diskussionsbeitrag nur gegen den FDP-Mann Riese richtet
- Herr Bolinius teilte mit, daß durch unseren Diskussionsbeitrag die Bediensteten der Musikschule in Angst und Schrecken versetzt würden und diese um ihre berufliche Existenz bangen.

Wir stellen dazu fest:

1. Jede vertretbare Einsparungsmöglichkeit, ob groß oder klein, steht weiterhin in meiner Fraktion zur Diskussion, zu den großen Zuschußposten (immerhin rd. 450.000 DM) gehört weiterhin die Musikschule mit einer Klientel, die mehrheitlich nicht zu den Ärmsten zählt.
2. In unserem Vorschlag geht es um eine organisatorische Veränderung, die die Qualität der Unterrichtsstunden und die Arbeit der einzelnen Lehrkräfte nicht beeinflußt. Nur der zugegebene kleine Verwaltungsapparat wird verändert, und vor allem kann die Gebäudeauslastung durch die dann besser mögliche Nutzung von Räumen in den freien Vormittagsstunden verbessert werden - das ist für uns eine mögliche Reduzierung von Kosten und eine bessere Nutzung von Ressourcen.
3. Die Bediensteten der VHS und Musikschule werden nach BAT bezahlt, d.h. in der Hauptsache nach ihrer Vorbildung und Funktion eingestuft. Die Vorstände haben so beschlossen, das Rechnungsprüfungsamt hat bisher die Eingruppierungen nicht beanstandet.
4. In der VHS sind die Kurse, die sich mit der Freizeitbeschäftigung befassen, ständig zurückgegangen. Stattdessen haben Lehrgänge zur Berufsvorbereitung, Umschulung, Erlangung von Zusatzqualifikationen, Kurse für Aussiedler und Asylanten, Kurse für Analphabeten etc. ständig zugenommen. Die VHS ist also ein sehr wichtiges Instrument der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik unserer Stadt. Zuschüsse in angemessener Höhe sind also gerechtfertigt.
5. Wenn Sie uns unterstellen, daß wir aus parteipolitischen Gründen handeln, so offenbaren Sie bestenfalls ihre eigene Geisteshaltung. Ich war jedenfalls bei der Wahl von Herrn Riese dabei - wir haben ihn allein nach seinen fachlichen Qualitäten ausgesucht und verwahren uns gegen derartige Unterstellungen.
6. Es hat uns beeindruckt, daß Sie behaupten, die Musikschullehrer haben aufgrund unserer Äußerungen Existenzängste. Haben Sie ein einziges Mal bei allen Ihren Forderungen

gen nach Privatisierung bedacht, was Sie bei den betroffenen Menschen angerichtet haben. Wieviele Frauen haben mich in der Vergangenheit weinend angesprochen, als Sie die Attacken gegen die stadtteigene Reinigung, die zu einem wesentlichen Teil Frauen Arbeit bot, die sonst der Sozialhilfe anheim gefallen wären, geritten haben. Der heilige St. Florian läßt grüßen.

Der Zuhörer bei unseren Haushaltsberatungen konnte seit Beginn des Regierungswechsels in Niedersachsen das immer gleiche Verhalten beobachten. Während wir den Bund als den Hauptverantwortlichen für finanzielle Misere der Kommunen ausmachten und das Land nicht aus der Verantwortung für die Kommunen herausließen, haben Sie auf der Gegenseite das Land als den Hauptsündenbock ausgemacht. Nach dem Urteil und Ihrer zu erwartenden Schelte will ich im voraus sagen

- wir haben in der Kommune das Land nicht zu verteidigen und haben dieses auch nicht getan. Wir begrüßen, daß das Land durch Urteil gezwungen wird, die Rechte der Kommunen auf einen angemessenen Anteil am Steuerkuchen zu respektieren
- wir weisen allerdings darauf hin, daß wir alle mehr Lehrer, mehr Polizei- und Finanzbeamte gefordert haben - dem Land ist bescheinigt worden, daß es sich in Verfolgung seiner Aufgaben zu stark bedient hat. Wer soll also jetzt unsere Mehrforderungen bezahlen?
- das Verhalten des Landes gegenüber den Kommunen ist und war bei den Regierungen der verschiedenen Couleur immer gleich: die Regierung Albrecht ist nur über die Runden gekommen, weil sie das gültige Finanzausgleichsgesetz mit dem jährlichen Haushaltsgesetz außer Kraft gesetzt hat und damit die Deckung erreicht hat. Welche Proteste hat es damals bei den Kommunen gegeben. Und kein Geringerer als Herr Dr. Albrecht hat damals gefordert, die unterschiedlichen Sozialhilfeausgaben der Bundesländer bei den Finanzausweisungen an die Länder zu berücksichtigen - Niedersachsen ist seit eh und je ein finanzschwaches Land, das nur sehr mühsam die durch Grundgesetz gesicherte Gleichheit der Lebensbedingungen auch für Niedersachsen gewährleisten kann.

Zu einem Triumphgeschrei haben Sie also nach dem Urteil kaum einen Grund. Das Land wird sicherlich nun seinerseits gegen den Bund klagen, um die erforderliche Finanzmasse zu bekommen. Im übrigen kann der Kämmerer bisher mit einiger Sicherheit sagen, daß das Urteil die Stadt Emden positiv tangiert. Der Zuwachs würde nach seiner Rechnung etwa jährlich 2,3 Mill. betragen.

Wenn man diese 2,3 Mill. seit 1994 ansetzt, dann sind das in 5 Jahren 11,5 Mill. DM. Bei einem Defizit von 60 Mill. verbleiben also 48,5 Mill. Defizit als Folgen Ihrer Politik, und wenn man die 40 Mill. Steuerausfall ebenfalls hochrechnet, ergibt das die stattliche Summe von 200 Mill. - Emden würde im Geld schwimmen (!)

Ich will es zusammenfassen. Einmal mehr sollen wir einem Haushalt zustimmen, den wir nicht gestalten konnten. Wir beschließen stattdessen Mindestausgaben und diese obendrein teilweise auf Pump. Wir sollen am Ende der Kette eine Politik vertreten, für die wir vor allem als Sozialdemokraten nicht verantwortlich sind. Wir hätten also einen guten Grund, uns von diesen Haushaltsvorschlägen zu distanzieren - allein der nominelle Zwang zur Aufrechterhaltung der kommunalen Selbstverwaltung und die Vermeidung noch schlimmerer Folgen veranlassen uns dazu, zuzustimmen. Ansonsten wollen wir die Verantwortung für diese furchtbare Entwicklung dort belassen, wo sie hingehört."

Herr Janßen erklärt namens der CDU-Fraktion folgendes:

"Selten ist dem Rat der Stadt Emden die eigene Hilflosigkeit so plastisch vor Augen geführt worden wie in den Beratungen zum Haushalt 1998. Und es ist niemand da, der dem schon fast olympiareifen Verschiebebahnhof zu Lasten der Kommunen endlich Einhalt gebietet. Dieser Vorwurf geht sowohl an den Bund wie auch an das Land.

Da aber Herr Merkentrup im Finanzausschuß bereits die Fehler oder vermeintlichen Fehler der Bundesregierung aufgeführt hat, werde ich zur Abrundung dieser Frage auch einmal die Fehler der Landesregierung auf diesem Felde aufzeigen.

Artikel 58 der Niedersächsischen Verfassung regelt eindeutig, daß das Land für die kommunale Finanzausstattung verantwortlich ist. Dieses ist auch richtig, weil die Kommunen keine gesetzgeberische Kompetenz haben und lediglich das Land über den Bundesrat an allen Gesetzen mitwirkt.

Wenn es nun also zu finanziellen Belastungen von Kommunen durch Bundesgesetze gekommen ist, so hat das Land Niedersachsen diesem zugestimmt und ist somit in alleiniger Verantwortung für die finanziellen Ausstattungen der Städte und Gemeinden.

Daß diese Verantwortung nicht ernst genommen wurde, zeigt das Urteil des Staatsgerichtshofes in Bückeburg. Zum zweiten Mal nach 1995 wurde der Landesregierung und der sie tragenden SPD-Mehrheit eine **schallende Ohrfeige** verpaßt. Dem ungenierten Raubzug der Landesregierung, sich aus dem Topf der kommunalen Gelder zu bedienen, wurde ein Riegel vorgehoben. Leider ist dies erst ab 1999 wirksam.

Zum zweiten Mal seit **1995** wurde der Landesregierung bescheinigt, verfassungswidrig den Haushalt aufgestellt zu haben. Dies spiegelt eindeutig wider, wie in Hannover die Verantwortung für die Städte und Gemeinden gesehen wird.

Auch 1998 wird es das verfassungswidrige **Sonderopfer Schröder** von **500 Millionen DM** geben. Auch 1998 wird es den verfassungswidrigen Verschiebebahnhof von **500 Mio DM** in den Investitionshaushalten geben.

Vor diesem Hintergrund ist es beinahe zwangsläufig, daß sich zwischenzeitlich praktisch alle Städte und Gemeinden in akuter Finanznot befinden. Dies selbstverständlich auch, weil die Steuereinnahmen zurückgehen.

Für die Stadt Emden bleibt die Hoffnung, daß die vom Kämmerer eingesetzte Einnahmeverbesserung im Haushalt 1998 von rund **7 Mio DM** auch tatsächlich eintreffen wird. An der Perspektive über 2000 hinaus - Schulden von über **100 Mio DM** zu haben - ändert dieses allerdings wenig.

Daß der langjährige Wunsch, endlich die Gewerbesteuer abzuschaffen, erfüllt wurde, ist positiv zu bewerten. Durch die Abschaffung dieser Steuer und der direkten Mehrwertsteuerbeteiligung für die Niedersächsischen Kommunen erhalten diese ca. **437 Mio DM**. Dieses entspricht einer Überkompensierung von rund **120 Mio DM**.

Für Emden bedeutet das eine Einnahmeverbesserung von knapp **300.000 DM**. Ich beziehe mich hierbei auf eine Vergleichsrechnung des CDU-unabhängigen Niedersächsischen Innenministeriums. Die Befürchtung also, daß Emden durch den Wegfall der Gewerbesteuer schlechter dastehen soll, ist laut Innenministerium unbegründet.

Festgestellt werden muß, daß der Landeshaushalt 1998 - wie auch die folgenden - ein Höchstmaß an Unsicherheit beinhalten. Dieses gilt auch für Emden. Vor diesem Hintergrund wird der Vorschlag, einen 2-Jahres-Haushalt zu verabschieden, von uns **abgelehnt**.

Wer diesem Vorhaben zustimmt, beraubt sich damit der Möglichkeit, aktuell für das Jahr 1999 auf veränderte Finanzen in Haushaltsberatungen zu reagieren. Er läßt sich also freiwillig enthaupten. Das Argument der Verwaltung - die Vereinfachung - hat hier nur untergeordnete Bedeutung.

Ich möchte mich an dieser Stelle recht herzlich bei den vielen Vereinen und Verbänden bedanken, die in Emden eine so hervorragende ehrenamtliche Tätigkeit ausüben. Ohne diese Ehrenamtlichkeit, insbesondere in schlechten Zeiten, würde die Stadt handlungsunfähig werden. Deshalb gilt es für uns, diese Ehrenamtlichkeit nach Kräften zu fördern.

Daß es uns gelungen ist, mit den Bürgervereinen durch Neuverträge einen gesunden Ausgleich der Interessen durchzusetzen und bei den Sportvereinen die Mittel für Jugendförderung unangetastet zu lassen, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Vor einiger Zeit wurde in der hiesigen Tagespresse sehr umfangreich das bisherige Einsparvolumen im sozialen Bereich geschildert. Auch hier gilt mein Dank den Mitarbeitern in diesem Amt. Ohne die Leistung dieser Mitarbeiter wäre eine ordnungsgemäße Bearbeitung einer solchen Vielzahl von Fällen **nicht möglich**.

Die Einführung der Pflegeversicherung hatte im Jahre 1996 eine Einsparung von **2,7 Mio DM** zur Folge (siehe Bericht des Rechnungsprüfungsamtes Seite 55).

Vor einigen Jahren wurde in Emden der Warengutschein für Asylbewerber eingeführt. Dieses Verfahren hat sich nach einigen Geburtswehen positiv bewährt. In jüngster Zeit gibt es aber Bestrebungen, diese Warengutscheine wieder abzuschaffen und zu dem Prinzip der Bargeldauszahlung zurückzukehren.

Lassen Sie es mich an dieser Stelle ganz deutlich sagen:

Dieser Schritt ist mit der CDU-Fraktion **nicht** zu machen. Ich vermag nicht einzusehen, was an dem System der Warengutscheine menschenunwürdig ist. Das gleiche gilt für die Mißbrauchskontrolle in der Sozialhilfe.

Zu begrüßen ist die Gründung einer Gesellschaft durch die Stadt Emden, die zum Ziele hat, allen Sozialhilfeempfängern eine Arbeit nachzuweisen, sie zu qualifizieren und nach Qualifizierung in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Daß hier begleitende Maßnahmen, wie Beseitigung von Arbeitshemmnissen, nötig sind, versteht sich von selbst.

Und lassen Sie mich meinen Satz vom letzten Jahr wiederholen:

Wer in Not gerät, hat einen Anspruch, ja sogar einen Rechtsanspruch auf Hilfe durch die Gesellschaft. Die Gesellschaft aber hat auch einen Anspruch an die Empfänger von Sozialleistungen, daß sie alles tun, um aus dem Bezug von Sozialhilfe herausgeführt zu werden. Sollten sie dieses nicht tun, so ist das BSHG in vollem Umfang anzuwenden.

Seit Jahren beklagen wir den baulichen Zustand der städtischen Gebäude, ohne entscheidend viel daran zu ändern. Wir leben **von der Hand in den Mund!**

Ich hätte mir gewünscht, daß wir alle miteinander die Kraft gehabt hätten, dieses entscheidend zu verändern. Eine Aufstockung der Mittel für bauliche Unterhaltung hätte gleichzeitig arbeitsmarktpolitische Konsequenzen und würde sich fast von selbst bezahlen. Denn so müssen wir

hinnehmen, daß die bauliche Substanz immer mehr verfällt und letztendlich - wenn wir in einigen Jahren sanieren müssen - es teurer wird als heute.

Erfreulich ist aus unserer Sicht die erneute Bereitstellung von Baugebieten in der Stadt Emden. Nach Jahren der Zurückhaltung (von uns immer beklagt) ist man endlich zur Einsicht gekommen, daß durch Ausweisung von Baugebieten die Abwanderung aus Emden gestoppt werden kann und somit letztendlich auch der Anteil an der Einkommensteuer im Haushalt der Stadt Emden gefestigt wird.

Bereits in dem entsprechenden Fachausschuß haben die Vertreter meiner Fraktion deutlich gemacht, daß es unumgänglich ist, im Bereich des Constantiaviertels eine neue Schule zu bauen. Dem Wunsche meiner Fraktionsmitglieder im Schulausschuß sind dankenswerterweise alle Fraktionen gefolgt. Konsequenterweise heißt dies jedoch, daß - will man die Schule bis zum Jahre 2003 fertigstellen - Mittel in den Haushalt eingesetzt werden müssen. Dies ist bislang nicht geschehen und nachzuholen.

Seit Anfang der **80er Jahre** bemühen wir uns, die Innenstadt zu entwickeln und durch geeignete Maßnahmen attraktiver zu machen, damit der nach wie vor bestehenden Kaufkraftabwanderung Einhalt geboten werden kann.

Aber, wie so oft, sind wir auf halbem Wege stehengeblieben. Das von uns geforderte Parkhaus, der Lückenschluß in der Großen Straße (ZVK-Gelände), das alte Schlachthofgelände und die fußläufige Verbindung der verschiedenen Einkaufsstraßen untereinander sind bis heute nicht realisiert worden.

Wenn man also auf halbem Wege stehenbleibt, darf man sich nicht wundern, wenn man nicht ankommt. Wenn man ein Ziel definiert, muß es möglich sein, einen geeigneten Weg zu finden.

Ein falscher Weg zu diesem Ziel ist sicherlich die von der SPD beschlossene Errichtung eines riesigen Einkaufszentrums im Larrelter Polder. Nicht nur die Kaufmannschaft der Innenstadt, sondern auch die Kaufmannschaften aus den umliegenden Gemeinden wie Hinte, Krummhörn, Brookmerland, Südbrookmerland haben sich vehement gegen diese Pläne zur Wehr gesetzt. Ja sogar ein Bürgerbegehren mit dem Ziel eines Bürgerentscheides ist in die Wege geleitet worden.

Dieses Begehren haben ca. **7.000** Menschen unterschrieben. Wie nicht anders zu erwarten, soll dieses Begehren jetzt an Formalien scheitern. **7.000** Unterschriften werden zu den Akten gelegt und in den Regalen verstauben.

Meine Hochachtung gilt Herrn Bockstiegel, der es sich nicht nehmen ließ und nehmen läßt, gegen dieses Vorhaben mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu kämpfen. Ihm und den vielen Unterzeichnern dieses Bürgerbegehrens unmoralische Zielsetzung zu unterstellen, hieße: die Niedersächsische Gemeindeordnung auf den Kopf zu stellen.

Es mag ja formal richtig sein, daß das Bürgerbegehren scheitern mußte. Die Art und Weise, wie mit den Initiatoren umgegangen worden ist, findet nicht die Zustimmung der CDU-Fraktion. Bürgerfreundlichkeit ist eine Bringepflicht der Verwaltung, und auf dem Wege dahin haben einige noch viel zu lernen.

Dies gilt natürlich auch für die SPD-Fraktion. Hat sie doch bereits am 25. Oktober ihre Änderungswünsche zum Haushalt publikumswirksam presseöffentlich gemacht. Damit es klar ist, wir unterstützen den Antrag, rund 70.000 DM der Johanna-Mühle zur Restaurierung zu geben. Wir unterstützen den Antrag, 10.000 DM für die Larrelter Mühle bereitzustellen. Hinzuzufügen ist, daß es sich bei beiden um städtische Gebäude handelt, so daß wir in der verdammten Pflicht und Schuldigkeit sind, diese Bauwerke zu erhalten.

Wir unterstützen weiter den Zuschuß von 30.000 DM für die Einrichtung eines Museums für den Kreuzer Emden. Wir unterstützen die Anschaffung von Sportgeräten, damit die mit viel Geld installierte Leichtathletikanlage am JAG professionell genutzt werden kann. Und wir unterstützen die Beschaffung von Geräten, die die Sauberkeit in unserer Stadt sicherstellen.

Wir unterstützen **nicht** den Zuschuß für ein neues Vereinsheim, und hier verweise ich auf einen Grundsatzbeschuß aller im Rat tätigen Parteien, daß es kein Geld mehr geben soll für neue Vereinsheime.

Der Deckungsvorschlag für die von der SPD eingebrachten Änderungen war lange Zeit anscheinend geheime Kommandosache. Daß die zusammenaddierte Summe der SPD-Vorschläge **171.000 DM** 'rein zufällig' der Erneuerung einer Heizungsanlage am GAT entsprach, wußten weder Verwaltung noch die Mitglieder der SPD-Fraktion im Schulausschuß. Zumindest taten sie so.

Nun soll es ja laut Vorschlag nicht mehr nötig sein, **171.000 DM** für die Erneuerung einer Heizungsanlage in den Haushalt einzusetzen, weil mit den Stadtwerken Emden ein sogenannter 'Königsweg' gefunden worden ist.

Wenn dann dieser 'Königsweg' ein wirklicher ist, so bietet es sich doch geradezu an, aus der Haushaltsstelle 0600 'Erneuerung einer Heizungsanlage im Verwaltungsgebäude II' die Summe von **120.000 DM** herauszunehmen und den Emden Schulen zur Verfügung zu stellen.

Ich hätte mir gewünscht, daß die Verwaltung offensiv mit allen Fraktionen diesen sogenannten 'Königsweg' diskutiert hätte, damit alle Fraktionen gleichermaßen informiert sind. Hier zeigt sich erschreckend deutlich, daß der Informationsfluß nach wie vor einseitig ist.

Einer der **schlimmsten Punkte** des SPD-Papiers und überhaupt nicht zu akzeptieren ist die Sperrung des Haushaltstitels '**Infrastrukturmaßnahmen der Innenstadt**' in Höhe von **500.000 DM**. Hierzu muß man den letzten Satz des Kompromißpapiers kennen, welches der Oberbürgermeister unserer Stadt, der Vorsitzende des Einzelhandelsverbandes und der Vorsitzende des Schaufensters Emden unterzeichnet haben.

Hierin steht, ich zitiere:

'Die Unterzeichner sind sich darüber im klaren, daß die unter Ziffer 2/ aufgeführten Maßnahmen nur dann als politisch vereinbart gelten, wenn es zu keinem Bürgerentscheid kommt.'

Durch die Sperrung dieses Haushaltstitels versucht man also auf kaltem Wege, die Kaufmannschaft in Emden zu disziplinieren. Dieses Verhalten kann und wird von uns nicht akzeptiert.

Vor wenigen Wochen wurden im Saal der VHS Zwischenberichte und Ziele der Agenda 21 formuliert. Auch der Oberbürgermeister sprach an diesem Tag. Einer der Kernsätze in der Agenda 21 lautet:

'Keine Generation darf auf Kosten nachfolgender Generationen leben!'

Da wir gegen diesen Grundsatz nachhaltig verstoßen - und aufgrund der vorhergehenden Begründungen - wird meine Fraktion dem Haushalt 1998/1999 **nicht zustimmen!!!**

Herr Renken stellt namens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgendes fest:

"Ein Haushaltsplan stellt eine in Zahlen gegossene Politik dar. Mit diesen Worten brachte der Kämmerer im Februar dieses Jahres seinen Haushaltsplan für 1997 in den Rat ein. Ich kann

diese Aussage uneingeschränkt bejahen. Und weil dies so ist, und weil die Richtlinien der Politik in dieser Stadt seit Jahrzehnten von der SPD-Fraktion allein bestimmt werden, haben wir überhaupt keinen Anlaß, dem vorliegenden Haushalt für die Jahre 1998 und 1999 zuzustimmen. Es sei denn, die Politik der Mehrheitsfraktion wäre so großartig, daß uns tatsächlich nur noch die Rolle von Claqueuren bliebe.

Dem ist jedoch beileibe nicht so, denn sonst hätten uns die Wählerinnen und Wähler nicht mit einem überzeugenden Mandat für den Rat ausgestattet und der Fraktion "mit der besonderen Verantwortung" einen deutlichen Dämpfer mit auf den Weg gegeben. Dafür war neben Ihren politischen Fehlleistungen vor allem die ungebrochene Selbstherrlichkeit, mit der Sie diese Stadt regieren, verantwortlich.

In keiner Haushaltsdebatte wird versäumt, die Ursachen der Finanzmisere je nach Parteizugehörigkeit der Bundes- oder Landesregierung zuzuweisen. So bleibt mir auch nichts anderes übrig. Wer hier unvoreingenommen ist, wird dem zustimmen müssen, daß der Bund die politischen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung, die Einkommensentwicklung und für Steuern und Abgaben setzt.

Der Rückgang der Steuereinnahmen der Kommunen ist in erster Linie auf das Versagen der Bundesregierung zurückzuführen. Anstelle der vom Bundeskanzler angekündigten Halbierung der Arbeitslosenzahlen besteht die bedrückende Aussicht auf fünf Millionen Arbeitslose in diesem Winter. Und jede neue Steuerschätzung ergibt, daß immer weniger in die Staatskassen fließt, vor allem aus der für die Gemeinden wichtigen Quelle Einkommensteuer. Die letzte Hiobsbotschaft der Steuerschätzer lautet, daß die Kommunen ihre Ausgaben um weitere vier Prozent kürzen müssen. Das Waigelsche Steuerloch ist ohne weiteres mit dem Wachstum des Ozonloches zu vergleichen. Soziale und Umweltkatastrophe entwickeln sich hier parallel.

Daraus resultieren nicht allein drastische Steuerausfälle. Steigende Sozialabgaben belasten die öffentlichen Haushalte ebenso wie die Unternehmen. Schon 1996 hat dies im Haushalt nach Angaben des Rechnungsprüfungsamtes zu einer Erhöhung der Lohnnebenkosten um 450.000 DM geführt. Das sind die Kosten für rund sieben Stellen in der Verwaltung.

Um Mißverständnisse auszuräumen: Damit will ich nicht die Landesregierung in Schutz nehmen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Regierung Schröder hat in den letzten Jahren bis hin zum Verfassungsbruch nichts unversucht gelassen, den Kommunen die Lasten aufzudrücken, um ihre Haushaltspolitik zu retten. Dies hat der Staatsgerichtshof in Bückeburg jetzt eindeutig festgestellt. Und aufgrund der Einstimmenmehrheit der Regierung war auch der Emdener Landtagsabgeordnete der SPD - der zufällig auch der Oberbürgermeister dieser Stadt ist - daran beteiligt. Es ist schon ein trauriges Kapitel für die SPD-Fraktion, wie sie den Oberstadtdirektor von einer erfolgreichen Klage gegen die Landesregierung abgehalten hat.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, und sage dies auch den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt: die finanziellen Rahmenbedingungen für die Kommunen werden sich nur dann nachhaltig verbessern, wenn bei den Wahlen im nächsten Jahr sowohl im Bund wie im Land die Weichen auf rot-grün gestellt werden.

Mit unserem Programm einer Grundsicherung für alle, finanziert aus einer Reform der Erbschaftssteuer und der Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf private Vermögen, könnten die Belastungen der Kommunen bei der Sozialhilfe um 50 % reduziert werden.

Mit einer aufkommensneutralen ökologischen Steuerreform werden neben der notwendigen Förderung der ökologischen Innovationen auch die Lohnnebenkosten gesenkt und damit insgesamt ein Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen geleistet.

In den letzten Tagen vor der Haushaltsdebatte gewinnen wir den Eindruck, daß die in den vergangenen Monaten und Wochen offensichtlich gewordenen Versäumnisse und Versagen der politischen Mehrheit in diesem Rat durch die Verkündung "guter Nachrichten" ausgebügelt werden sollen.

Die erste "gute" Nachricht: Der Oberstadtdirektor legt dem Rat kurzfristig einen Grundsatzbeschuß vor, und die SPD-Fraktion verkündet, daß auch sie die Verwaltungsreform wolle. Die Vorgeschichte: Erst lassen Sie es zu, daß die 1994 begonnene Verwaltungsreform gegen die Wand gefahren wird. Dann beklagen Sie das fehlende Tempo bei der Umsetzung der Reform. Herr Leeker erklärt wörtlich: "Wir wissen ja, wie schwer es ist, in einer festbetonierten Verwaltung etwas neu zu gestalten."

Ich frage mich: Wer war denn der Betonmischer? Wer führt denn diese Verwaltung politisch seit Jahrzehnten? Wer hätte denn steuern können, wenn nicht der Oberbürgermeister und der Vorsitzende der SPD-Fraktion? Ein Grundsatzbeschuß hätte schon vor drei Jahren gefaßt werden müssen, als Sie einen Dezernten mit dem Auftrag zur Durchführung der Verwaltungsreform gewählt haben.

Die zweite "gute" Nachricht: Herr Leeker verkündet in der Presse, daß die Stadt einen Vertrag mit den Stadtwerken über ein Energiemanagement abschließt. Mit der Umsetzung wird beim Gymnasium am Treckfahrtstief begonnen. Es stellt sich die Frage: Wozu braucht die Verwaltung überhaupt noch einen Pressesprecher? Herr Leeker erfüllt diese Aufgabe mittlerweile hervorragend. Die Vorgeschichte war doch ein Eiertanz der Mehrheitsfraktion, nachdem wir im Schulausschuß auf die Streichung der Mittel für die Erneuerung der Heizungsanlage aufmerksam gemacht hatten.

Unsere Fraktion hat vor drei Wochen mit den Stadtwerken und dem Kämmerer gesprochen, und Herr Edzards hat uns dabei erklärt, daß es zwar eine grundsätzliche Vereinbarung, aber kein konkretes Angebot gibt. Und genau das scheint auch heute noch der Fall zu sein. Da ist nicht viel passiert in den letzten neun Monaten, nachdem wir diese Frage in die Haushaltsberatungen für 1997 eingebracht hatten und die SPD-Fraktion uns öffentlich durch ihren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Versprechungen gemacht hatte.

Wir halten ein kommunales Energiemanagement für unbedingt erforderlich. Neben den erheblichen kostenmäßigen Entlastungen, die - und dies hat das Öko-Schulprogramm gezeigt - mit ganz einfachen, verhaltensorientierten Maßnahmen ohne große Investitionen möglich waren, wird ein bedeutender Beitrag zur Umweltentlastung geleistet. Wir halten es für unbedingt erforderlich, daß die Erträge aus weiteren Einsparungen zweckgebunden in Folgemaßnahmen zur Energieeinsparung reinvestiert werden und aus dem Zugriffsrecht des Kämmerers herausfallen. Dadurch kann verhindert werden, daß anstelle der Wärmelöcher in den städtischen Gebäuden die Löcher in den Taschen des Kämmerers gestopft werden.

Das Energiemanagement muß zukünftig einen Schritt weitergehen und eine umfassendere Funktion wahrnehmen, die über einen Wärmedirektservice hinausgeht, wie ihn die Stadtwerke als Dienstleistung anbieten. Zu seinen Aufgaben gehört ebenso eine Konzepterstellung im Sinne eines kommunalen Öko-Audits mit einem Öko-Controlling. Mit diesem Konzept müssen eindeutige Ziele, konkrete Maßnahmen und die Bedingungen für ein regelmäßiges Berichtswesen gesetzt werden. Ein kommunales Umweltmanagement, das kontinuierliche Verbesserungsmaßnahmen vorsieht, ist eine Zukunftsaufgabe für die Stadt und ein Beitrag zum lokalen Agenda-Prozeß. Dies wird nicht ohne eine verantwortliche Leitstelle bei der Verwaltung gehen.

Die dritte "gute" Nachricht: Der Oberstadtdirektor schreibt die Stelle eines Wirtschaftsförderers aus. Das Echo aus der SPD bleibt in diesem Fall jedoch aus. Der Oberbürgermeister verkündet auf einem Parteitag dagegen, daß er andere Vorstellungen von der Wirtschaftsförderung habe als Dr. Hinnendahl. Die Vorgeschichte: auf drängende Fragen nach der Zukunft der vakanten

Wirtschaftsförderung bei der Stadt Emden aus den Reihen von F.D.P. und Grünen wird die Öffentlichkeit von den Sprechern der SPD-Fraktion immer wieder auf die Zeit nach Dr. Hinne-dahl vertröstet. Ein Antrag unserer Fraktion wurde vom Oberstadtdirektor als Eingriff in seine Organisationshoheit abgekanzelt. Heute hat er uns jedoch einen Antrag zur Verwaltungsreform vorgelegt, der mindestens genauso tief darin eingreift.

Wir fragen uns natürlich, mit welchen Kompetenzen und mit welchem Standing ein Wirtschaftsförderer ausgestattet ist, der auf der Basis von BAT IV eingestellt wird. Wir müssen mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, daß Emden, was die Förderung von Existenzgründungen, der Bestandspflege und ökologischen Innovationen angeht, gegenüber anderen Kommunen aufs Abstellgleis gefahren ist. Man denke nur an Ihlow oder auch Leer. Wir sind auch skeptisch, was die Fähigkeit der SPD-Fraktion betrifft, den Zug in Fahrt zu bringen. Angekündigt wurde dies schon mehrfach von Herrn Leeker, allein die Taten fehlen.

Ich sage nochmals: Wir brauchen erstens eine Neukonzeption der Wirtschaftsförderung. Wir müssen zweitens die Wirtschaftsförderung mit der Beschäftigungsförderung zusammenführen, und wir dürfen uns drittens nicht einer Neuorganisation verschließen, wie sie in immer mehr Kommunen erfolgt. Mit der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft wurde ein Baustein in dieser Richtung geschaffen.

Die Frage der Innenstadtentwicklung hat in diesem Jahr hohe Wellen geschlagen. Wir sind davon überzeugt - und da sind wir nicht nur einer Meinung mit der IHK, dem Seniorenbeirat und vielen Kaufleuten, sondern auch mit Tausenden von Bürgerinnen und Bürgern, daß die Entscheidung der SPD-Fraktion dieser Stadt mehr Schaden als Nutzen wird.

Der Sperrvermerk für die 500.000 DM zur Innenstadtentwicklung ist absurd, wenn man auf der anderen Seite seitens der Verwaltung hören muß, daß für die Sanierung des Pelzerhauses ebenfalls kein Konzept vorliegt. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen, nur um die Kaufmannschaft zu disziplinieren.

Wir glauben nicht, daß es sich die Stadt leisten kann, einen jährlichen Betriebskostenzuschuß von 300.000 DM für ein Parkhaus aufzubringen. Dies widerspricht dem Ziel einer raschen Haushaltskonsolidierung und muß schon deshalb abgelehnt werden. Das Parkplatzangebot in der Innenstadt ist reichlich vorhanden, und wenn Sie Ihr Einkaufszentrum tatsächlich realisieren sollten, wird es mit Sicherheit nicht ausgelastet sein und die Betriebskosten werden sich erhöhen.

Ich habe im Februar dieses Jahres auf zwei Dinge hingewiesen:

1. Wer sich nur auf das Instrument der Aufgabenkritik und des Wegfalls von Stellen konzentriert, gefährdet den sozialen Frieden in der Verwaltung.
2. Wer meint, die Verwaltungsreform könne von oben nach unten durchgepaukt werden, der irrt.

In beiden Kritikpunkten sehe ich mich heute durch die Aufkündigung der Mitwirkung des Personlrats an der Einführung des Neuen Steuerungsmodells - und ich sage leider - bestätigt. Ich bin dankbar dafür, daß hier einmal Roß und Reiter genannt wurden. Wir fordern, daß Konsequenzen aus der massiven Kritik gezogen werden.

Es kann doch nicht angehen, daß Millionenbeträge in die informationstechnische Aufrüstung der Verwaltung gesteckt werden, für die Qualifizierung der Mitarbeiter aber nur ein Brosamen übrigbleibt. Mit einem Fort- und Weiterbildungsetat von 50 DM pro Beschäftigten kann keine echte Mitwirkung erreicht werden, sondern bestenfalls der Rest an Motivation abhanden kommen.

Hier muß es zu einer deutlichen Kurskorrektur kommen durch eine deutliche Aufstockung des Mittelansatzes, der bis zum Jahre 2002 auf lächerliche 54.000 DM festgeschrieben ist. Der Landesdurchschnitt beträgt hier 200 DM pro Beschäftigten, eine Angleichung erfordert allein die Vervierfachung der Mittel. Wir müssen uns doch im klaren sein, daß die Erträge aus der technischen Aufrüstung nur dann fließen werden, wenn die Qualifizierung schritthält.

Ein Doppelhaushalt ist laut Gemeindeordnung möglich. Wir sehen die Notwendigkeit jedoch nicht und lehnen deshalb den vorgelegten Doppelhaushalt ab. Es sprechen zahlreiche Argumente für unsere Position. Da sind zu nennen die unsicheren politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die fehlende Transparenz für den Rat wegen der unvermeidlichen Nachtragshaushalte. Wir sehen darin eine Gefahr für das Etatrecht des Rates. Allein für den Haushalt 1996 hat das Rechnungsprüfungsamt festgestellt, daß der Rat über- und außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von fast 11 Millionen DM bewilligt hat bzw. davon unterrichtet worden ist. Das sind rund 5 % des Volumens des Verwaltungshaushaltes. Aber bei den Haushaltsberatungen wird um Bruchteile dieser Summe ein Tanz aufgeführt, als wenn es um den Zusammenbruch des Haushaltskonsolidierungskonzeptes geht.

Zum Abschluß: Haushaltspolitik hat etwas mit Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung, auch für die zukünftigen Generationen, zu tun. In einem enger werdenden Finanzrahmen werden die Bedingungen dafür nicht einfacher. Diese Werte dürfen jedoch nicht aufgegeben werden, sondern müssen mit neuem Leben erfüllt werden. Dazu gehört auch, daß wir den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, insbesondere den Flüchtlingen, die Lage nicht unnötig erschweren. Sie haben schon erheblich weniger zum Leben als andere in ihrer Situation. Es besteht rechtlich kein Grund, an dem System "Kaufhalle" festzuhalten. Und politisch sollte man in dieser Frage darauf verzichten, aus wahltaktischem Kalkül die Lufthoheit an den Stammtischen zu übernehmen."

Herr Dr. Beisser gibt für die F.D.P.-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

"Die Haushaltsreden für das Jahr 1997 fanden an dieser Stelle vor fast 10 Monaten statt. Die Haushaltssituation hat sich wie erwartet, man kann auch sagen wie geplant, weiter verschlechtert. Die Kassenkredite werden, contra legem, Ende 1998 eine Höhe von ca. 80 Mio. DM erreicht haben. Also hat sich eigentlich nichts besonderes ereignet, wenn es da nicht zwei kleine Überraschungen gegeben hätte: der Rechnungsprüfungsbericht der Stadt Emden für das Jahr 1996 und ein Urteil des Staatsgerichtshofes in Bückeburg vom 25.11.1997.

Lassen wir doch die Fakten aus dem Urteil des Staatsgerichtshofes für sich sprechen: Die Einnahmen des Landes Niedersachsen stiegen 1986 - 96 auf **168 %**, die der Kommunen jedoch nur auf **131 %**. Im selben Zeitraum stiegen die Ausgaben der Kommunen für die soziale Sicherung um das **2,5-fache**, die entsprechenden Ausgleichsleistungen des Landes Niedersachsen sanken jedoch um **8 %**. In den nackten Zahlen des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik heißt dies: Die Steuereinnahmen des Landes stiegen von 1992 - 96 um **3 Mrd. DM**; im selben Zeitraum sanken die Steuereinnahmen der Kommunen um **300 Mio. DM**. Weitere Fakten: Das Land Niedersachsen kürzt den kommunalen Finanzausgleich jedes Jahr um **500 Mio. DM**, dieses Jahr sogar um **800 Mio. DM**.

Aus diesen Zahlen, und Zahlen sind Fakten erster Ordnung, geht eines deutlich hervor: Diese Landesregierung behandelt ihre Kommunen schlecht, und genau dieser Logik bedient sich der Staatsgerichtshof in Bückeburg. Hier drängt sich die Frage auf, wie die Landtagsabgeordneten, die gleichzeitig höchste Würdenträger in den Gemeinden sind, bei den jeweiligen Vorlagen abstimmen und ob diese Doppelbelastung sich nicht als zu schwer erwiesen hat. Eine andere Frage wirft die Nichtbeteiligung der Stadt Emden auf der Klägersseite auf. Wurde hier aus Rücksicht auf die Parteizusammensetzung der hiesigen Landesregierung auf eine Klage verzichtet? Wenn dem so sein sollte, dann spricht diese Tatsache für eine schlechte Interessenvertretung für die Belange dieser Stadt.

Kommen wir noch kurz auf die "böse" Bundesregierung zu sprechen. Im Jahre 1996 sanken die Sozialausgaben der Stadt Emden um immerhin 4,1 Mio. DM. Was zunächst als Erfolg des kommunalen Maßnahmenkatalogs erscheint, erweist sich beim Studium des Rechnungsprüfungsberichtes als genau die Summe, die durch die Entlastungen des Kindergeldgesetzes und des Pflegegesetzes entstanden. Beides sind Bundesgesetze.

Gehen wir also über zum eigentlichen Anlaß unseres heutigen Zusammentreffens: Der **Haushaltsplan** der Stadt Emden. Er liegt uns als Doppelhaushalt für die Jahre 1998 und 1999 vor.

Die F.D.P.-Fraktion lehnt diesen Doppelhaushalt ab. Zu den Gründen:

Schon die Haushalte 1996 und 1997 bedurften zahlreicher Nachbesserungen, euphemistisch auch Nachtragshaushalte genannt. Diese Tatsache drückt nichts anderes aus, als daß es sich schon schwierig genug gestaltet, ein Jahr in die Zukunft zu schauen, um wieviel schwieriger ist dies für das Jahr 1999. Wir sind alle schlechte Propheten, und aus diesem Grunde sind Prophezeiungen als seriöse Haushaltsgrundlagen im allgemeinen auch nicht geeignet. Spätestens der Haushaltsplan für das Jahr 1999 entspricht einer Finanzplanung und die und deren Abweichungen davon bestehen schon seit einigen Jahren.

Das Problem des Doppelhaushaltes für 1998 und 1999 verschärft sich noch bei der Betrachtung des Haushaltes 1996, hier wurden laut Rechnungsprüfungsbericht zahlreiche Nachflieckereien haushälterisch falsch zugeordnet. Dies geschah in einem "normalen" Jahr, spätestens im Jahr 1999 werden wir von einer Flut von Nachtragshaushalten überrollt, und meine Fraktion hofft nur, daß die Zuordnungsprobleme der Kämmerei bis dahin geregelt sind, der entsprechende Haushalt geht sonst als "Patch-Work-Teppich" in die Annalen ein. Im übrigen sind die Argumente der Befürworter dieses Doppelhaushaltes so allgemein gefaßt, daß sie auch die Aufstellung eines Fünf-Jahres-Haushaltsplanes rechtfertigen. Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß diese Frage historisch beantwortet wurde. Unter den Folgen dieses Experimentes leidet auch dieser Haushalt.

Kommen wir zur "Nicht Mehr" Haushaltsstelle 9550.10 des Vermögenshaushaltes der Schulen. Hierunter verbergen sich die ominösen 171.000 DM. Unsere Fraktion begrüßt jede der mit diesem Geld finanzierten Maßnahmen als wünschenswert, uns irritiert nur der Zeitpunkt. Die Johanna-Mühle ist schon jahrelang als Baustelle zu bewundern, und das Stadtbild bietet auch schon recht lange nicht den Anblick eidgenössischer Sauberkeit. Aber da fällt der Blick des unbedarften Zuschauers auf den 1. März 1998, und nun erhält er die gewünschte Begründung. Wir hoffen nur, daß die Mehrheitsfraktion nach erfolgter Wahl einen Teil ihrer Wahlkampfkostenerstattung als Spende in den Haushalt zurückfließen läßt.

Seien wir doch mal ehrlich, die Ersatzbeschaffung für die abgängige Heizungsanlage des GAT über das Kommunale Energiemanagement ist eine Leasingmaßnahme, denn die Heizungsanlage verbleibt im Besitz der Stadtwerke, auch wenn die Mittel im Verwaltungshaushalt durch die Einsparungen an Primärenergie konstant bleiben, denn hier verstecken sich jetzt auch die Leasinggebühren. Im übrigen hat unsere Fraktion Leasing als liquiditätsfördernde Maßnahme immer wieder eingefordert und steht dieser Finanzierungsmöglichkeit sehr aufgeschlossen gegenüber. Wir freuen uns darüber, daß die Kämmerei sich unserer Meinung angeschlossen hat. Der Rat der Stadt Emden sollte sich aber auch der Ehrlichkeit und Transparenz verschreiben und den entsprechenden Passus im Haushaltskonsolidierungsprogramm, II, Abschnitt d.) Zinsen entsprechend ändern.

Widmen wir uns dem nächsten Thema, der baulichen Unterhaltung. Hier wurden für 1998/99 jeweils 2,6 Mio. DM angesetzt. Unseres Erachtens sind hierfür mindestens 4,5 Mio. DM anzusetzen. Allein das HSK veranschlagt hierfür 1998/99 jeweils 3,25 Mio. DM für einen einzigen Gebäudekomplex. Bei Betrachtung der Zahlen für das HSK erscheint ein von der F.D.P.-

Fraktion recherchierter Reparaturberg für die gesamten städtischen Gebäude von ca. 30 Mio. DM realistisch. Man sieht es den Gebäuden übrigens an.

Nachdem im Bereich der sozialen Sicherung die angeblich kommunal bedingten Einsparungen, wie schon beschrieben, weggerechnet wurden, können sich der Rat und die Verwaltung nicht mehr selbstzufrieden zurücklehnen, sondern es muß in diesem Bereich nach Einspar- und Weiterentwicklungsmöglichkeiten gesucht werden. Unsere Fraktion hat hierzu ein Positionspapier vorgelegt, das aber von der Mehrheitsfraktion nicht zu Ende gelesen wurde und daher auf eine reine Namensumbenennung reduziert wurde. Hier scheint ein Pawlow'scher Reflex vorzuliegen, alle Vorschläge, die von anderen Fraktionen zu diesem Thema kommen, abzuwürgen, da per definitionem nur die SPD sozial kompetent sein darf. Unsere Fraktion sieht daher dem ersten Rechenschaftsbericht der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft gespannt entgegen und hofft, daß die Effizienz dieser Gesellschaft weit über unseren Erwartungen liegt.

Unsere Fraktion hat in den vergangenen Jahren immer wieder betont, daß die Haushaltslage der Stadt Emden uns zwingt, das Hans-Susemihl-Krankenhaus auch als Wirtschaftsunternehmen zu betrachten, das seine Überlebensfähigkeit - es wird auch in Zukunft mit Krankenhausschließungen zu rechnen sein - selbst unter Beweis zu stellen hat. Neben dem Ausbau der Hotelleistungen sind auf dem Gebiet der ärztlichen Leistungen, denn diese stellen schließlich die ureigensten Dienstleistungen eines Krankenhauses dar, das Angebot zu erweitern - der Wirtschaftsprüfer nannte hier als Beispiel die Handchirurgie - und auch ärztliche Wahlleistungen verstärkt anzubieten. Die hierfür notwendigen Zuordnungen und Definitionen sind nur durch die Ärzteschaft möglich und vertretbar. Denen, die jetzt von der Einführung der Zwei-Klassen-Medizin sprechen, sei gesagt, daß der Bereich der ärztlichen Wunschleistungen, die nicht den Erstattungskriterien der gesetzlichen Krankenkassen unterliegen, schon jetzt sehr groß ist, und er nimmt weiter zu. Gemeinden, die nicht in der Lage sind, Denktabus zu durchbrechen, werden in 5 - 10 Jahren kein Krankenhaus mehr besitzen. Auch ärztliche Leistungen sind letztendlich Dienstleistungen. Diesen Weg des HSK's möchten wir begleitet wissen von der Installation eines betriebswirtschaftlich ausgebildeten Managements mit entsprechenden Controlling- (sprich Steuerungs-) Fähigkeiten statt einer übergeordneten Verwaltungseinheit.

Dies leitet uns zum Neuen Steuerungsmodell oder auch Verwaltungsreform genannt. In diesem Zusammenhang begrüßt unsere Fraktion die Fortschritte, die dieses Modell in den letzten Wochen gemacht hat, nach jahrelangem Stillstand und Blockaden. Dieses Neue Steuerungsmodell wird aber die Haushaltskrise nicht beseitigen, aber das sonst notwendige Ausmaß der Leistungseinschränkung wird wesentlich verringert werden. Das Ausmaß der Veränderungen wird aber auch die Ratsdamen und -herren treffen, denn sie werden im Zuge des Neuen Steuerungsmodells die Produktdefinition vornehmen müssen. Wir werden also von Kontrolleuren zu Ideengebern, und unsere Kreativität wird in Zukunft den Erfolg unserer Verwaltung als Dienstleister weit mehr mitbestimmen als dies heute der Fall ist.

Meine Fraktion möchte zum letzten Punkt, der zukünftigen Kulturpolitik der Stadt Emden, kommen. Hier hatten wir im fast abgelaufenen Jahr ein absolutes "High-Light", die Inspektionsreise des Preußenkönigs, zu verzeichnen. Der Kulturkoordinator hat außerdem ein unseres Erachtens vielversprechendes Konzept zur zukünftigen Kulturpolitik vorgelegt. Kernstück ist die Fortentwicklung der schon bestehenden privaten und der kommunalen Kulturträger zu einer Organisationsform im Sinne der "Public-Private-Partnership". Unsere Fraktion befürwortet das Miteinander von privatrechtlicher und kommunaler Kulturarbeit statt des bisher weitestgehenden Nebeneinanders. Auch in diesem Bereich wird dann der Rat bei der Produktdefinition initiativ tätig sein müssen. Hier liegt übrigens wieder ein hübsches Beispiel vor, wie der Konsolidierungszwang durchaus heilsam wirkt.

Dem Vertrag zwischen der Stadt Emden und der "Kunst" wird unsere Fraktion im übrigen nicht zustimmen, da erstens der Museumsdirektor im wissenschaftlichen Beirat kein Stimmrecht haben wird und zweitens der "Privilegien-Anhang" nicht die Kosten für diese Privilegien ausweist,

die für die Stadt entstehen. Es ist also nicht nachzuvollziehen, wie hoch der Preis für dieses Grundstücksgeschäft real ist. Dies noch zum Thema Transparenz."

Herr Janßen möchte vom Oberstadtdirektor wissen, was der Vertrag mit den Stadtwerken beinhaltet, der in der Zeitung angekündigt worden sei.

Herr Dr. Hinnendahl erwidert, seit 11 Jahren stehe er an der Spitze dieser Verwaltung und bereite die VA- und Ratsbeschlüsse vor. Er müsse nicht jedesmal vorher fragen, ob er denn verhandeln dürfe, sondern erst wenn eine Sache entscheidungsreif sei, lege er dem entsprechenden Gremium eine Beschlusvorlage vor. Dasselbe mache Herr Edzards im Aufsichtsrat der Stadtwerke. Wenn Herr Leeker die Auskunft telefonisch eingeholt habe, könne er ihn nicht daran hindern.

Herr Janßen ist davon ausgegangen, daß alle Fraktionen gleichbehandelt würden. Er kenne weder als Aufsichtsrats- noch als VA-Mitglied diese Vereinbarung. Er bestreite nicht, daß der Oberstadtdirektor die Beschlüsse vorbereite, aber es könne nicht angehen, daß Herr Leeker im Namen des Oberstadtdirektors der Presse diese Mitteilung gebe.

Herr Dr. Hinnendahl entgegnet, von ihm habe er die Auskunft nicht erhalten. Herr Leeker habe offensichtlich mit Herrn Edzards gesprochen, der ihm signalisiert habe, daß die Vereinbarung soweit sei.

Er möchte auf den Vortrag von Herrn Janßen zurückkommen, in welchem der Vorwurf enthalten sei, die Stadtverwaltung sei nicht bürgerfreundlich und habe ihre Bringepflicht nicht erfüllt. Dem möchte er mit aller Entschiedenheit widersprechen. Das Grundgesetz bekenne sich zur repräsentativen Demokratie, d.h. das Mandat habe dieser Rat, und ein Bürgerbegehren stelle die Ausnahme dar, die in diesem Falle zum Ziele habe, einen vom Rat gefaßten Beschluß zu verhindern oder anders zu gestalten.

Zwar sei dieses Ventil für die Bevölkerung geschaffen worden, aber die Abweichung vom Grundsatz der repräsentativen Demokratie müsse strengen formellen Voraussetzungen unterliegen, und jeder, der ein solches Bürgerbegehren initiiere, trage die Verantwortung dafür, daß seriös damit umgegangen werde.

Die Initiatoren seien von der Verwaltung umfassend informiert worden, was zu tun sei, worauf es ankomme und welche formellen Voraussetzungen zu erfüllen seien. Es sei ihnen dringend geraten worden, einen Rechtsberater in Anspruch zu nehmen. Ferner sei ihnen bekannt gewesen, daß nicht 7.000, sondern max. 4.000 gültige Stimmen zum Tragen kämen, weil alle auswärtigen und nicht vollständigen Unterschriften abgezogen werden müßten. Ebenso hätten sie gewußt, daß in einem Bebauungsplanverfahren, das eine Bürgerbeteiligung enthalte, ein Bürgerbegehren nicht ziehe. Er weise deshalb die Vorwürfe mit aller Schärfe zurück.

Herr Brinkmann läßt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für die Haushaltsjahre 1998 und 1999

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen (Rauchpause).

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

(Herr Pauels verläßt die Sitzung.)

TOP 13 2. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungsprogramms 1996
Vorlage: 13/336

Frau Klein hätte gern eine Erklärung des Oberstadtdirektors zu Punkt I b) Zweckverband Landesbühne.

Herr Dr. Hinnendahl erwidert, die Stadt Emden habe den Vertrag mit der Landesbühne fristgerecht zum 31.12.1996 gekündigt mit dem Ziel, die Kündigungsfrist anzupassen, was zu einer breiten Diskussion im Aufsichtsrat geführt habe. Dort sei unmißverständlich deutlich gemacht worden, daß man eine solche Kündigung für unzumutbar halte und dieser nicht zustimmen werde.

Die Bezirksregierung habe darauf hingewiesen, daß sie einer entsprechenden Satzungsänderung keine Genehmigung erteilen werde, weil die Landesbühne einen wirtschaftlichen Gestaltungsspielraum haben müsse, um die Theaterstücke mit entsprechender Vorlaufzeit planen und die Leute engagieren zu können.

Die Landesbühne habe deshalb dieser Kündigung widersprochen. Eine echte Austrittskündigung habe die Stadt nicht vorgenommen, wofür die Frist auch nicht ausgereicht habe, so daß sie für weitere 4 Jahre der Landesbühne angehöre.

Auf weitere Rückfragen von **Frau Klein** und **Herrn Janßen** erklärt **Herr Dr. Hinnendahl**, man habe seinerzeit gehofft, nicht für einen weiteren Zeitraum von 4 Jahren verpflichtet zu sein, sondern angesichts der finanziellen Situation binnen eines Jahres aus dem Zweckverband austreten zu können. Das hätten die anderen Mitglieder und auch die Bezirksregierung, wie schon gesagt, nicht akzeptiert. Dies sei eine Mitgliedschaft, die getragen werde von mehreren Gebietskörperschaften und wo es darauf ankomme, daß alle mitmachten.

Herr Brinkmann bemerkt, die Fraktionen hätten Gelegenheit gehabt, mit dem Intendanten zu sprechen. Es sei auch vereinbart worden, daß dieser im Kulturausschuß noch einmal seine Vorstellungen darlegen werde, um anschließend dem Rat ein Konzept vorzulegen, das auch die Vorstellungen von Herrn Wagenaar enthalten werde, und darüber zu befinden.

Beschluss:

Der Rat beschließt die der Vorlage 13/336 als Anlage beigefügte 2. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungsprogramms 1996.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

TOP 14 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden bis 2001
Vorlage: 13/282

Herr Bongartz führt aus, im Schulausschuß sei über den Bau einer Schule im Stadtteil Constantia ausführlich diskutiert worden. Seine Fraktion halte es für sehr wichtig, daß man gemeinschaftlich von hier aus ein Signal setze und in die mittelfristige Finanzplanung und in das Investitionsprogramm eine Summe für den Neubau dieser Schule einsetze, da sonst in diesem Doppelhaushalt dafür wieder kein Geld vorhanden sei. Er möchte hier zur Diskussion stellen, ob so verfahren werden könne, um die Errichtung der Schule bis zum Jahre 2003 sicherzustellen.

Herr Brinkmann erwidert, im Ausschuß für Wirtschaft, Hafen und Finanzen sei darüber nicht gesprochen worden, so daß er nur über das vorliegende Investitionsprogramm abstimmen las-

sen könne. Es werde aber hier festgehalten, daß der Rat davon ausgehe, daß die Schule bis zum Jahre 2003 fertiggestellt sein werde.

Herr Leeker wirft ein, seine Fraktion wünsche diese Schule ebenfalls.

Herr Hemken bestätigt, daß sie Bestandteil des Investitionsprogramms sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des Investitionsprogramms bis 2001.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

TOP 15 Haushaltspläne der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für die Haushaltsjahre 1998 und 1999
Vorlage: 13/283

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt die Haushaltspläne der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für die Haushaltsjahre 1998 und 1999

		<u>1998</u>	<u>1999</u>
1.	im Verwaltungshaushalt in Einnahmen und Ausgaben mit je	1.021.500 DM	996.900 DM
2.	im Vermögenshaushalt in Einnahmen und Ausgaben mit je	0 DM	0 DM

Ergebnis: einstimmig

TOP 16 Tarif der Stadt Emden über Gebühren- und Beitragssätze der Abfallbeseitigung für das Haushaltsjahr 1998
Vorlage: 13/284

Beschluss:

Der Rat beschließt den der Vorlage als Anlage beigefügten Tarif der Stadt Emden über Gebühren- und Beitragssätze der Abfallbeseitigung für das Haushaltsjahr 1998.

Ergebnis: einstimmig

TOP 17 3. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Emden
Vorlage: 13/290/1

Frau Klein führt aus, die Steuer für Kampfhunde solle entsprechend erhöht werden. Sie fragt, ob auch darüber beraten und abgestimmt werde, daß diese Hunde einen Maulkorb oder Riemchen tragen müßten, da sie für Passanten gefährlich seien.

Herr Lieke erwidert, eine solche Regelung sei im Zusammenhang mit dieser Steuersatzung nicht möglich, sondern müsse im Rahmen des Gefahrenabwehrgesetzes erlassen und vom Rat beschlossen werden. Das müsse entsprechend vorbereitet werden.

Beschluss:

Der Rat beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Emden.

Ergebnis: einstimmig

TOP 18 Allgemeine Vertragsbedingungen (AVB) für das Hans-Susemihl-Krankenhaus Emden
Vorlage: 13/362

Beschluss:

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) für das Hans-Susemihl-Krankenhaus Emden werden in der als Anlage dieser Vorlage beigefügten Fassung des Verwaltungsentwurfs beschlossen. Sie treten zum 01.01.1998 in Kraft.

Ergebnis: einstimmig

TOP 19 Straßenbenennungen in Wybelsum (Baugebiet G 8)
Vorlage: 13/318

Beschluss:

Die im Bebauungsplangebiet G 8 gelegenen Planstraßen B, C, D und E werden mit "Okkewehrstraße" und die Planstraße A wird "Aikwehrstraße" benannt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 20 Straßenbenennung im Ortsteil Constantia
Vorlage: 13/334

Beschluss:

Die von der Straße "Dukegat" östlich abzweigende Wohnstraße wird mit "Jollenweg" benannt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 21 II. Änderung der Abfallentsorgungssatzung
Vorlage: 13/360

Herr Röttgers führt aus, es gebe viele kleine Straßen, Sackgassen und Wohnwege, die bereits mit den alten Fahrzeugen nicht mehr angefahren werden könnten wie z.B. der Schlehen-, Flie-der- und Weidenweg in Borßum sowie die Wohnwege in Barenburg und in Borßum an der Ulmenstraße. Dort müssten die Mülleimer von der letzten Haustür max. 90 m bis an die Hauptstraße gebracht werden. Ältere Leute könnten sich dazu eines zweirädrigen Karrens, den er noch vorführen werde, bedienen, wenn nicht die Tonne selber schon Räder habe.

Einige Straßen, in die man bisher noch hineingefahren sei, könne man nicht mehr anfahren, weil sehr genau rangiert werden müsse, viel zerstört werde und das Ganze sehr zeitaufwendig sei. Dies sei unter dem Gesichtspunkt der Kosten-Leistungs-Rechnung unwirtschaftlich. Betroffen seien hier z.B. der Bocholter, Bottroper und Bochumer Weg, die Karkstraat in Petkum sowie der Larrelter Kirchweg.

In Neubaugebieten würden kleine Sackgassen von vornherein ohne Müllwagenbedienung geplant und dafür Standplätze für die Mülltonnen vorgesehen. Dadurch könnten die Erschließungskosten für die Bauherren niedriger und die Müllgebühren in Grenzen gehalten werden. Hier nenne er z.B. das Neubaugebiet in Conrebbersweg und den Otter- und Marderweg in Petkum/Widdelswehr.

Da die alten Fahrzeuge abgängig seien und durch neue ersetzt werden müßten, habe man unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sowie unter Berücksichtigung der Bio-Müllabfuhr überlegt, statt der bisherigen 4 nur noch 3 Einzugsbereiche einzurichten. Es kämen dann noch 3 Müllfahrzeuge mit 3 Mannschaften zu je 3 Mann zum Einsatz, was Einsparungen für Löhne, Unterhaltung und Kapitaldienst von rd. 300.000 DM im Jahr zur Folge habe. Dies sei ein Beitrag, die Kostensteigerungen bei den Müllgebühren im Rahmen zu halten.

Die Anschaffung der größeren Fahrzeuge bedeute, daß zu den nicht angefahrenen Sackgassen noch weitere hinzukämen, die zu schmal seien oder wo der Wendehammer zu klein sei. Im Stadtplanungsausschuß habe er bereits einen Überblick gegeben. Im Stadtteil Constantia seien dies z.B. der Brigg-, Kogge- und Schuteweg. In Petkum seien betroffen die Straße Vierhausen, die Kaark- und Krugstraße, in Conrebbersweg die Midlumer und Loquarder Reihe, in Larrelt das letzte Teilstück der Straße Möhlenhörn und in Borßum die Stichstraßen der Ulmenstraße.

Man werde eine intensive Öffentlichkeitsarbeit betreiben und Flugblätter an alle Haushalte verteilen, in denen der Sachverhalt dargelegt werde. Die Umsetzung dieser neuen Regelung sei für Anfang Februar geplant.

Was die Satzung angehe, so gebe der alte Text diese Regelung auch schon her, nur seien bisher Ausnahmen gemacht worden, die jetzt nicht mehr möglich seien. Der neue Text in § 15 Abs. 1 Satz 3 laute:

"Dies gilt ohne Ausnahme für Straßen und Wege mit weniger als 3,5 m Breite und Sackgassen ohne ausreichende Wendemöglichkeiten. Dies gilt auch für den Fall, daß Straßen wegen Bauarbeiten, Veranstaltungen etc. von den Sammelfahrzeugen nicht angefahren werden können."

Den im VA gemachten Vorschlag, die Wörter "ohne Ausnahme" durch das Wort "grundsätzlich" zu ersetzen, könne man übernehmen.

Frau Klein möchte wissen, ob diese Karren angeboten würden zu den Mülleimern.

Herr Röttgers erwidert, diese Karren gebe es bisher auch schon. Teil der öffentlichen Beratung werde sein, daß die Verwaltung verschiedene Produkte mit Preisangabe anbieten und dann in größeren Mengen einkaufen werde, um einen günstigen Preis zu erzielen.

Herr Odinga weist darauf hin, daß es in Wybelsum in der Feldmark landwirtschaftliche Wege von nur 3 m Breite gebe. Die Folkertswehrstraße sei 2 km lang. Er fragt, ob diese noch angefahren würden.

Dies wird von **Herrn Röttgers** verneint. In absoluten Härtefällen werde man darüber nachdenken müssen, wie verfahren werden solle. Ebenso müsse eine Regelung gefunden werden, wenn in Sackgassen 30 oder 40 Mülltonnen zusammenkämen und kein Platz dafür vorhanden sei.

Es sei nicht ausgeschlossen, daß, wenn der Regiebetrieb eingerichtet sei und sich als Dienstleister betätige, auch besondere Leistungen gegen Bezahlung angeboten würden wie z.B. das Abholen der Tonnen über längere Strecken. Dies werde sich noch entwickeln.

**Abweichender
Beschluss:**

Die II. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Emden vom 21.06.1994 in der Fassung vom 22.08.1996 wird beschlossen mit folgender Änderung:

Die Wörter "ohne Ausnahme" werden ersetzt durch das Wort **grundsätzlich**.

Ergebnis: abweichender Beschluss

TOP 22 Bebauungsplan C 3 (einfacher Bebauungsplan gem. § 2 a BauGB-MaßnahmenG und § 30 Abs. 2 BauGB) (Gebiet zwischen Neutorsgang, Neutorstraße einschließlich Neutorstraße 72, Blumenbrückstraße und Hinter Tief)
Vorlage: 13/173/2

(Herr Dr. Beisser hat an der Beratung und Beschlußfassung nicht teilgenommen.)

Beschluss:

Der Bebauungsplan nebst Begründung wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 23 Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für die allgemeinbildenden Schulen der Stadt Emden
Vorlage: 13/184/2

Beschluss:

Der Rat tritt den Maßgaben der Bezirksregierung Weser-Ems vom 07.10.1997 bezüglich der Genehmigung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für die allgemeinbildenden Schulen der Stadt Emden vom 03.07.1997 bei.

Ergebnis: einstimmig

TOP 24 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes
Vorlage: 13/300/1

Herr Bongartz führt aus, es habe ausreichend Gelegenheit bestanden, sich in den Sitzungen des Schulausschusses zu äußern. Seine Fraktion stimme dem Schulentwicklungsplan im wesentlichen zu, nur bezüglich des Schulbezirkes der Schule Wybelsum im OS-Bereich sei man anderer Meinung und spreche sich für den Vorschlag der Verwaltung im 1. Entwurf aus. Es gehe um die Zuordnung des östlich der Straße Groote Gracht gelegenen Stadtteiles Constantia zur Dollartsschule.

Herr Strelow begrüßt namens seiner Fraktion die Pläne der Schulverwaltung, den Neubau einer Grundschule in Constantia in Angriff zu nehmen. Der Zusage, den Unterricht spätestens ab dem Schuljahr 2003/2004 zu realisieren, sehe man erfreut entgegen. Ferner werde begrüßt, daß bei der Planung im Problembereich Widdelswehr/Petkum Alternativen geprüft würden. Erst der Elternprotest habe zu einem Sinneswandel bei der Emdener SPD und der Schulverwaltung geführt.

Die demoskopische Entwicklung der nächsten 7 Jahre werde im vorgelegten Entwurf des SEP nur unzureichend berücksichtigt. Der Schulverwaltung genügen die Bestands- und Planungsdaten von 1994. Trotz der schlechten Raumsituation an mehreren Emdener Schulen halte es die Verwaltung nicht für nötig, Vorschläge zur Behebung der Probleme zu machen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne den vorgelegten Schulentwicklungsplan für die Jahre 1996 - 2010 ab. Von einer sinnvollen Zukunftsplanung sei der Entwurf weit entfernt. Nicht das Machbare, sondern das Notwendige müsse in einen zukunftsorientierten Schulentwicklungsplan aufgenommen werden. Die augenblickliche finanzielle Lage dürfe nicht die Zukunftsplanung bestimmen.

Zukunftsweisend fordere seine Fraktion:

- im Interesse der Kinder die Einführung der Grundschulen 1.- 6. Klasse mittelfristig zu planen,
- mittelfristig die Abschaffung der Orientierungsstufen,
- für Schulkinder vom 6. bis zum 12. Lebensjahr zugeschnittene Schulbezirke,
- die Busfahrpläne an den Bedürfnissen der Kinder zu orientieren!

Der Schulversuch Sekundarschule sei zwar an den Hauptschulstandorten Dollartschule und Schule Wybelsum etabliert, aber es dürften nicht die Schulbezirke der Hauptschule für sie gelten. Seine Fraktion fordere die Aufhebung der Bindung an Schulbezirke. Beiden Schulen müsse die Gelegenheit gegeben werden, ihre Lehrinhalte in der gesamten Stadt anzubieten. Durch Konkurrenz der Standorte könnten Chancengleichheit und qualitativ hochwertiger Unterricht erreicht werden.

Die vom Rat beschlossene Planung einer Gesamtschule sei richtungsweisend. Nachzulesen im SEP 1990 - 2002.

In dem vorgelegten SEP-Entwurf für 1996 - 2010 fehle zur Integrierten Gesamtschule (IGS) jedoch eine weitergehende Aussage. Seine Fraktion sei der Meinung, Emden brauche eine Standortplanung für eine IGS.

Schulversuche, die Alternativen zur Orientierungsstufe suchten, werde man unterstützen, wenn die Förderung aller Kinder dadurch verbessert werde.

Der Kommune sei von der Verfassung bei Bau, Ausstattung und Status der Bildungseinrichtung Schule demokratisches Planungs- und Mitspracherecht zugesprochen worden!

Im einzelnen sei zu nennen:

- ein komplettes attraktives Schulangebot (aktive Wirtschaftspolitik, Emden eine attraktive Stadt),
- ausreichende Schulräume in allen Schulbereichen (nur sie können einen sinnvollen Unterricht möglich machen),
- ein ausgeglichenes und ausreichendes Angebot an Räumlichkeiten und Ausstattung.

Dieser Entwurf werde dem Auftrag der Stadt nicht gerecht. In einer offenen Diskussion müsse das Schulsystem in Emden, im Interesse der Kinder und Jugendlichen, weiterentwickelt werden.

Herr Mecklenburg verweist ebenfalls auf die ausführliche Diskussion im Schulausschuß sowie die Anhörungsphase, in der sich die Betroffenen geäußert hätten. Nach der zweiten Runde im Schulausschuß habe man sich weitgehend geeinigt. Seine Fraktion stimme dem Schulentwicklungsplan zu. Er sei gezeichnet durch eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Emdener Schulwesens, allerdings im Rahmen der engen Finanzen.

Er möchte noch auf 4 Punkte eingehen, die auch Gegenstand der Diskussion gewesen seien:

1. Hinsichtlich der Grundschule Petkum/Widdelswehr werde ein Alternativstandort an der Blumenstraße bei der Turnhalle auf Finanzierbarkeit im Rahmen des Haushaltes geprüft.
2. Eine neue Grundschule im Stadtteil Constantia werde bereits mittelfristig berücksichtigt, und das gehe auf die Initiative der dort wohnenden Eltern zurück. Seine Fraktion habe beantragt, die Schule in die mittelfristige Finanzplanung des nächsten Haushaltes aufzunehmen. Der erste Bauabschnitt solle bis zum Jahre 2003 erfolgen.
3. Der Schulbezirk der Barenburgschule werde nicht zugunsten der Wallschule geändert. Man wünsche allerdings eine pädagogische Zusammenarbeit der Wallschule mit der Realschule Emden, um die Gefahr der Einzügigkeit abzuwenden.
4. Die Schulbezirke der Dollartschule und der Schule Wybelsum würden nicht geändert. Hier habe es Differenzen gegeben, und man sei dem Antrag gefolgt, den Schulbezirk Constantia zu teilen. Wie man der Tischvorlage entnehmen könne, sei dies nicht auf die Zustimmung der Bezirksregierung gestoßen. Die Änderung werde deshalb nicht vorgenommen, damit der Schulentwicklungsplan eine Chance habe, genehmigt zu werden.

Allerdings habe seine Fraktion den Zusatzantrag gestellt, die beiden Schulversuche "Sekundarschule" an der Dollartschule und an der Schule Wybelsum sicherzustellen und durch eine möglichst gleiche Schülerzahl die jeweilige Zweizügigkeit zu gewährleisten. Dies werde man in den folgenden Jahren sorgfältig beobachten und, wenn Handlungsbedarf bestehe, auch entsprechend handeln.

Herr Scholl erklärt, ein Schulentwicklungsplan sei kein Parteiprogramm. Man müsse eine Handlungsrichtlinie haben, die dann auch verwirklicht werden könne, wenn die Finanzkraft es erlaube.

Dem Rat stehe nicht zu, landespolitische Beschlüsse zu fassen. Was mit der 5. und 6. Klasse passiere, sei im Landtag zu verhandeln.

Was die Schule in Petkum angehe, so habe Herr Mecklenburg dargelegt, was dort passieren solle.

Herr Lieke führt aus, es sei sicher richtig, wie von Herrn Strelow ausgeführt, daß am Schulentwicklungsplan keine gravierenden Veränderungen vorgenommen worden seien. Dieses aber negativ zu werten, halte er für falsch. Auch diesmal sei im wesentlichen nur der allgemeinbildende Schulbereich diskutiert worden und weniger der berufsbildende Bereich.

Die Anhörung sei durchgeführt worden, und man habe auch überlegt zusammen mit dem Planungsamt, wie die Entwicklung angesichts der starken Bautätigkeit in Larrelt aussehen werde. Da noch nicht feststehe, wieviel Schulkinder dort wohnen würden, sollte man einen Schulentwicklungsplan nicht auf unsicheren Planungsgrundlagen aufbauen. Es bestehe jederzeit die Möglichkeit, ihn anzupassen.

Es habe eine Beschlussempfehlung gegeben, den Schulversuch "Sekundarschule" an der Dollartschule und an der Schule Wybelsum zu sichern. Man werde darauf achten, daß die Zweizügigkeit beider Schulstandorte gewährleistet werde.

Es sei nicht möglich, die Schulbezirke einfach aufzuheben, wie von Herrn Strelow gefordert. Dies würde eine Planung praktisch unmöglich machen. Ebenso könne man die Einführung der Grundschulklassen 1-6 im Schulentwicklungsplan nicht festschreiben. Die Stadt habe nicht die

Hoheit, festzulegen, welches Schulsystem sie gern hätte, sondern das müsse übereinstimmen mit der Schulpolitik des Landes.

Wenn ein attraktives Schulangebot gefordert werde, so weise er darauf hin, daß das Angebot der Stadt Emden immer als attraktiv und umfangreich angesehen worden sei. Man müsse auch den berufsbildenden Bereich mit einbeziehen.

Der angesprochene Raumfehlbedarf halte sich in Grenzen. Bei den Sport- und Turnhallen sei er jedoch Dauerzustand, mit dem man leben müsse. Daß man diesen Schulentwicklungsplan so schlecht mache, das verdiene er nicht.

Herr Brinkmann gibt die abweichende Beschlußempfehlung des Schulausschusses wie folgt bekannt:

1. Die beiden Schulversuche "Sekundarschule" an der Dollartschule und an der Schule Wybelsum sind gleichermaßen zu sichern. Dazu ist eine weitestgehend gleiche Schülerzahl für die jeweilige Zweizügigkeit zu gewährleisten. Bei sich abzeichnenden Verschiebungen innerhalb der Einzugsbereiche ist dem Schulausschuß umgehend zu berichten und es ist ein Korrekturvorschlag vorzulegen.
2. Der Neubau einer Grundschule im Constantiaviertel ist bei der Aufstellung des nächsten Haushaltsplanes in 1999 in die mittelfristige Finanzplanung - entsprechend der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (d.h. bis zum Jahre 2003) - aufzunehmen und möglichst bis zu diesem Zeitpunkt zu realisieren.

Abweichender

Beschluß:

Der Rat beschließt die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Emden zum 01.01.1996 mit den vom Schulausschuß empfohlenen Ergänzungen.

Ergebnis: abweichender Beschluss

TOP 25 Änderung der Tarifordnung über Entgelte für die Nutzung des Hallenbades und des Freibades Borssum der Stadt Emden vom 08.02.1996
Vorlage: 13/331

Herr Hellmann weist darauf hin, daß eine Verkürzung der Freibadsaison eine Verteuerung der Saisonkarte bedeute, da ein halber Monat wegfalle. Umgekehrt müsse bei einer Verlängerung der Saison aus witterungsbedingten Gründen sichergestellt werden, daß die Saisonkarten für diese Zeit ihre Gültigkeit behielten. Es wäre sonst eine Bestrafung der Saisonkarteninhaber, wenn sie für zwei Wochen noch Einzelkarten lösen müßten.

Herr Janßen setzt sich ebenfalls für diese Regelung ein.

Herr Brinkmann bittet die Verwaltung, dies in den Tarif einzufügen und dem VA mitzuteilen, ob so verfahren werde.

Abweichender

Beschluß:

Der Änderung des Tarifs über Entgelte für die Nutzung des Hallenbades und des Freibades Borssum der Stadt Emden vom 08.02.1996 wird zugestimmt mit folgender Ergänzung:

In den Tarif ist aufzunehmen, daß bei witterungsbedingter Verlängerung der Freibadsaison über den 31.08. hinaus die Saisonkarten ihre Gültigkeit behalten.

Ergebnis: abweichender Beschluss

TOP 26 Vertrag zwischen der Stadt Emden und der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer in Emden über die Führung und den Betrieb des Museums im Rathaus am Delft zu Emden
Vorlage: 13/352/1

(Herr Dr. Kleinschmidt nimmt an der Beratung und Beschlußfassung nicht teil.)

Die **Herren Brinkmann** und **Dr. Hinnendahl** weisen darauf hin, daß dieser Vertrag im Kulturausschuß ausführlich beraten worden sei und auch die Mitgliederversammlung der "Kunst" ihre Zustimmung gegeben habe.

Beschluss:

Mit der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer in Emden ist ein Vertrag zu schließen, der dem dieser Vorlage als Anlage beigefügten Entwurf entspricht.

Ergebnis: einstimmig

TOP 27 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

TOP 28 Mitteilungen des Oberstadtdirektors

1. Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 1996 der Gesellschaft "Rettungsdienst DRK/Stadt Emden"
Vorlage: 13/358

Ergebnis: Kenntnis genommen.

2. Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 1996 der Volkshochschule Emden e.V. durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden
Vorlage: 13/357

Herr Renken führt aus, unter dem Abschnitt III. Punkt 3. werde angegeben, daß das Erwachsenenbildungsgesetz ab 01.01.97 3 Stellen des hauptberuflich beschäftigten pädagogischen Personals mit 100 % sowie 3 Stellen der hauptberuflich beschäftigten Verwaltungskräfte mit 40 % fördere.

Bis 1996 seien 4 Stellen mit 100 % und 3 Stellen mit 40 % gefördert worden, so daß eine Stelle aus der Förderung herausgefallen sei (ca. 120.000 DM). Die Kosten müßten somit anderweitig abgedeckt werden. Er möchte wissen, welche Konsequenzen dies angesichts der notwendigen Einsparungen habe.

Herr Fürst sagt Beantwortung über das Protokoll zu.

Anm. der Protokollführung:

Die VHS sowie das Kulturamt teilen hierzu folgendes mit:

Das neue Erwachsenenbildungsgesetz hat die Förderung des VHS-Personals vom Arbeitsumfang der Einrichtungen weitgehend abgekoppelt und zahlt eine Finanzhilfe für das Personal im wesentlichen nur noch gemäß Einwohnerzahl. Das hat 1997 zum Verlust der Finanzierung einer Pädagogenstelle geführt. Darüber hinaus wurde die Finanzhilfe für die Bildungsarbeit gekürzt.

Die VHS Emden hat sich angesichts dieser Situation um eine extrem kostenbewußte, effiziente Arbeit und ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot bemüht. Als Dienstleistungsbetrieb für Weiterbildung und Kultur ist die VHS bereit und in der Lage, neue Aufgaben zu übernehmen. Mit dem Wechsel der Stadtbücherei zur Volkshochschule wurde dazu 1997 ein erster Schritt gemacht. Hier sind im Zuge der Verwaltungsreform weitere Schritte erforderlich.

Soweit möglich wurden darüber hinaus neue Märkte in der Weiterbildung erschlossen. Diese Anstrengungen reichten jedoch angesichts restriktiver Auftragsvergaben der Bundesanstalt für Arbeit nicht aus, um das drohende Defizit zu kompensieren.

Das Jahr 1997 wird deshalb mit einer Unterdeckung abschließen. Der Jahresabschluß liegt z. Z. noch nicht vor, weil das 2. Semester 1997 erst Ende Januar 1998 endet.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

3. Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 1996 der Musikschule Emden e.V. durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden
Vorlage: 13/356

Ergebnis: Kenntnis genommen.

4. **Herr Fürst** teilt mit, der Seniorenbeirat habe seinen jährlichen Tätigkeitsbericht sowie das Ergebnis der vom Seniorenbeirat durchgeführten Seniorenbefragung vorgelegt, die in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses am 11.12.1997 behandelt würden.

Anfragen der Zuhörer zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.25 Uhr.